Alle Postanstalten nehmen Bestellung auf dieses Blatt an, für Breslau die Expedition der Breslauer Zeitung, Herrenstraße Nr. 20.
Insertions-Gebühr für den Raum einer sechstheiligen Petitzeile 1¼ Sgr.

Das vierteljährige Abonnement beträgt in Breslau 1 Rtl. 15 Sgr., außerhalb in allen Theilen der Monarchie incl. Postzuschlag 1 Rtl. 24 Sgr. 6 Pf.
Die Zeitung erscheint täglich, mit Ausnahme der zweiten Feiertage.

Breslauer Zeitung.

№ 53. Sonnabend den 22. Februar 1851.

Telegraphische Depesche der Breslauer Zeitung.

Dresden, 20. Februar. Bisher ist immer noch keine Aussicht auf eine Plenarsitzung.

Eine preußische Note wurde dem Fürsten Schwarzenberg übergeben, in welcher die Weigerung enthalten ist, ein neues Central-Organ einsetzen zu helfen, bevor alle deutschen Regierungen ihre Ansichten und Rathschläge über die Revision der Bundes-Verfassung ausgesprochen und der gemeinsamen Prüfung unterbreitet haben.

Fürst Schwarzenberg widerspricht entschieden dem eventuell aufgestellten Vorschlage, auf den Bundestag zurückzukommen.

Telegraphische Nachrichten.

Stuttgart, 19. Februar. Dem Militär ist der Befehl zugegangen, die deutschen Farben abzulegen.

Stettin, 20. Febr. Nachmittags 2 Uhr 30 Min. Roggen $30\frac{1}{2}$, pr. Frühjahr $30\frac{1}{2}$, pr. Juni 32 Br. u. Geld. — Rüböl $9\frac{5}{6}$, pr. Herbst $10\frac{1}{2}$ Brief. — Spiritus 24, pr. Frühjahr $23\frac{3}{4}$ Geld.

Hamburg, 20. Februar Nachmittags 2 Uhr 30 Min. Getreide flau. — Oel flau, pr. Frühjahr 21, pr. Oktober $21\frac{1}{2}$. — Kaffee $4\frac{7}{16}$, $4\frac{1}{2}$, 700 Sack. — Zink ohne Umsatz.

Frankfurt a. M., 20. Febr. Nachm. 2 Uhr 30 Min. Nordbahn 38. (Berl. Bl.)

Uebersicht.

Breslau, 21. Februar. In der gestrigen Sitzung der ersten Kammer begann die Debatte über den neuen Preßgesetzentwurf. Die allgemeine Diskussion wurde mit dieser Sitzung geschlossen. Bemerkenswerth ist eine Aeußerung des Regierungs-Kommissars, geheimen Regierungsrath Scheerer, welcher im Laufe der Debatte aussprach: „Die Verfassung garantire die Preßfreihet nirgends."

Die Regierung hat sämmtliche Gemeinderathswahlen zu Königsberg nicht genehmigt.

Der Prinz von Preußen besichtigte in Magdeburg die Truppen.

Unter der Rubrik „Die Dresdener Konferenzen" theilen wir die Ansichten und Mittheilungen der Berliner Zeitungen über die Lage der Dinge zu Dresden mit. Die Neue Preuß. Ztg. äußert: daß der Premierminister von Manteuffel den österreichischen Anforderungen nicht nachgeben, sondern vielmehr im Verein mit den kleineren Staaten die Rückkehr zum alten Bundestage fordern werde. — Die Unterredungen zwischen dem preußischen und österreichischen Minister-Präsidenten betrafen nicht allein die allgemein-deutschen, sondern auch speziell die hessische und holsteinsche Frage. Aus letzterem Grunde sind wohl auch die beiden Bevollmächtigten für Kurhessen, Leiningen und Uhden, in Dresden gegenwärtig. — Nach der Voß. Ztg soll man sich in Dresden mit der Bundes-Preßgesetzgebung beschäftigen. — Hannover habe zwar mit einigen kleineren Staaten eine Volksvertretung bei dem Bundestage beantragt, die Majorität sich aber dagegen erklärt.

Unter Berlin theilen wir eine Erklärung des Justizraths Schleiden gegen die Bemerkungen des preußischen Ministerpräsidenten und des Abg. Stahl mit, welche bei der Verhandlung des Arnimschen Antrages über die schleswig-holsteinschen Angelegenheiten in der ersten Kammer gemacht wurden.

Am 19. Februar rückten 2 Kompagnien baiersche Jäger und eine Eskadron Chevauxlegers aus Kassel, um nach Baiern zurückzukehren. Dagegen rückte ein Bataillon Baiern in die benachbarten Dörfer. — Die Noth im Kurhessischen, namentlich im Fuldaischen, ist außerordentlich groß.

Der würtembergische Staatsrath Linden soll namentlich deshalb nach Dresden gereist sein, um dort darauf zu dringen, daß für einzelne Staaten Verfassungs-Revisionen verfügt würden. Die würtembergische Regierung scheut sich vor neuen Oktroyirungen und möchte doch gern ein Ende der exceptionellen Zustände.

Im Gegensatze hierzu äußerte der Ministerpräsident am 19ten in der ersten Kammer zu Hannover: er warne vor jedem Versuche, an der Verfassung zu rütteln. Bei der jetzigen Unbeständigkeit der Verfassungen würde sonst die Regierung, welche nicht die Absicht habe, mit Anträgen auf Verfassungsänderungen in dieser Diät hervorzutreten, dem Drängen von anderer Seite, die Verfassung im entgegengesetzten Sinne zu ändern, nicht widerstehen können.

Der dänische General Bardenfleth inspicirt bereits die lauenburgischen Truppen. Er soll zum kommandirenden General des holstein-lauenburgischen Militärs ernannt worden sein. Auf die Anfrage dieses Generals: wann der General v. d. Horst abtreten, wann die deutschen Abzeichen abgeschafft, und ob das holsteinische Heer nach dänischem Muster reorganisirt werden würde? — soll ihm eine sehr derbe Antwort zu Theil worden sein. (S. Kiel.)

Zu Paris spricht man stark von dem Erlaß einer allgemeinen Amnestie. — Die dortige Stimmung ist entschieden gegen den Eintritt von Gesammt-Oesterreich in den deutschen Bund, ja Einige meinen, Frankreich werde denselben als einen casus belli betrachten. In der That soll der französische Gesandte in Wien und Berlin Gegenvorstellungen gegen diesen Eintritt gemacht haben.

Von verschiedenen Seiten meldet man, daß im mittleren und südlichen Italien Aufstände auszubrechen drohten. Demonstrationen in Rom und die furchtbar überhandnehmenden Räubereien seien Anzeichen hiervon. Dem Vernehmen nach sind weitere 6000 Oesterreicher in die römischen Provinzen eingerückt.

Preußen.

Kammer-Verhandlungen.

Erste Kammer.

Vierundzwanzigste Sitzung vom 19. Februar.
Präsident Graf Rittberg.
Eröffnung 10¼ Uhr.

Am Ministertische: Simons, v. Westphalen, v. d. Heydt; Regierungs-Kommissarius Scheerer.

Das Protokoll der vorigen Sitzung wird verlesen und genehmigt.

Da der Abgeordnete Goltdammer Zweifel in die Beschlußfähigkeit der Kammer setzt, wird der Namensaufruf vorgenommen, welcher ergiebt, daß nur 79 Mitglieder zugegen sind. Da zur beschlußfähigen Anzahl 91 Abgeordnete gehören, so vertagt der Präsident die Sitzung auf eine Viertelstunde. Nach Verlauf derselben eröffnet der Präsident die Sitzung wieder und fordert die Abgg. auf, sich künftig pünktlicher einzufinden. Auf der Tagesordnung ist der Bericht der Kommission für das Preßgesetz. Bevor der Bericht von dem Abgeordneten v. Jordan verlesen wird, leistet der neugewählte Abgeordnete v. Prondzinsky den vorgeschriebenen Eid.

Der Bericht der Kommission ist 13 Bogen stark. Der Schluß desselben über die allgemeinen Grundsätze des Gesetzes lautet:

Nach den Ergebnissen der speziellen Berathung des Gesetzentwurfes hat ein Mitglied der Kommission (Abg. Hermann?) gegen die wesentlichsten Grundlagen des Gesetzentwurfs, namentlich also gegen die Einführung von Präventivmaßregeln, gegen die Untersagung des Gewerbebetriebes ohne richterlichen Spruch, gegen die Aburtelung der Preßvergehen anders als durch Geschworene, wider die Konstituirung einer Verantwortlichkeit gegen so viele bei der Presse betheiligten Personen und gegen verschiedene Strafbestimmungen, so wie auch gegen die sogenannten Disziplinarstrafen Widerspruch erhoben und bemerkt, daß wenn nicht der Wortlaut der Verfassung entgegenstände, die Einführung der Censur vielleicht mehr Rechtssicherheit gewähren und deshalb vorzuziehen sein möchte. Der Zustand der Presse unter der Censur erscheine als ein wahrhaft idyllischer gegen den Zustand, welcher durch Annahme des vorliegenden Gesetzes hergestellt werde. Es würden alle Organe, namentlich der periodischen Presse, welche nicht unbedingt mit der Regierung übereinstimmen, zu Grunde gehen müssen, weil Niemand sein Geld und seine Freiheit leichtsinnig auf das Spiel werde setzen wollen. Es werde aber dadurch nicht einmal eine wahre Regierungspresse, sondern eine feile und servile Presse entstehen, und das so vielseitig gefürchtete Gift werde im Finstern und Geheimen schlimmer wuchern als früher. Durch solche Maßregeln die Moralität heben wollen, werde — wie es stets gewesen — auch hier ein vergebliches Bemühen sein. Die Kommission dagegen glaubt, der Kammer die Annahme der Gesetzesvorlagen mit denjenigen Verbesserungen, welche zu den einzelnen Paragraphen vorgeschlagen worden, als einen wesentlichen Fortschritt in der Preßgesetzgebung empfehlen zu können.

Ausgehend sodann von der Voraussetzung des verfassungsmäßigen Zustandekommens eines neuen Preßgesetzes auf den Grund des Gesetzentwurfs vom 4. Dezember 1850; in Erwägung ferner, daß die Staats-Regierung, indem sie den Entwurf zu einem neuen Preßgesetz vorlegte, dessen § 87 alle diesem Gesetze entgegenstehenden Bestimmungen aufheben will, die nachträgliche Genehmigung der gleichzeitig zur verfassungsmäßigen Beschlußnahme übergebenen Verordnungen v. 30. Juni 1849 und 5. Juni 1850 zum Zwecke ihrer Fortdauer für den Fall nicht beabsichtiget haben kann, daß die Kammern der neuen Gesetzvorlage ihre Zustimmung ertheilen und endlich in Erwägung, daß das vorausgesetzte Zustandekommen des neuen Preßgesetzes die Beschlußnahme der Kammern über die nachträgliche Genehmigung der früher erlassenen Verordnungen ausschließt und die spezielle Berathung derselben überflüssig macht, hat die Kommission geglaubt: in Betreff der Verordnungen vom 30. Juni 1849 und 5. Juni 1850 sich auf die Erwägung der Frage: „ob anzuerkennen, daß bei dem einseitigen Erlaß jener Verordnungen seitens der Staatsregierung die Voraussetzungen vorhanden gewesen, welche verfassungsmäßig eine Oktroyirung gestatten, beschränken und der Kammer eine Beschlußnahme hierüber unterbreiten, im Uebrigen aber bei der Kammer die Aussetzung der Berathung über den materiellen Inhalt der mehrerwähnten Verordnungen Behufs einer Beschlußnahme über die nachträgliche Genehmigung derselben bis dahin, wo über die Annahme oder Verwerfung des Gesetzentwurfs entschieden sein werde, fürworten zu müssen.

Bei der Eröffnung der allgemeinen Diskussion erhält der Abgeordnete v. Gerlach zuerst das Wort.

Abg. v. Gerlach: Es frägt sich, meine Herren, ob die Zügelung der Presse der Justiz und den Verwaltungsbehörden in die Hände gegeben werden soll. Im freien Staate scheint es nothwendig, daß die Zügelung der Presse der Justiz in die Hände gegeben wird; aber wir haben noch keine so gute Justiz, daß wir ihr ein so hohes Vertrauen schenken können. Darum ist es gut, daß die Zügelung der Presse den Administrativbehörden verbleibe. Erhalten wir aber eine Justiz, die nicht von der Verwaltung getrennt, sondern mit ihr eng verbunden ist, wie in Rom, wie noch heut in England, dann glaube ich, daß die Zügelung der Presse den Richtern in die Hände gegeben werden kann. Aber unser Richterstand basirt sich auf Idealen; Jurist und Richter ist bei uns oft noch dasselbe. Dazu kommt die mangelhafte Disziplin im Richterstande. Deshalb erkläre ich mich im Allgemeinen für die Prinzipien des Gesetzes. — Ein anderer Theil des Gesetzes handelt vom Gewerbe, und ich wünsche in dieser Beziehung, daß alle möglichen Erleichterungen wenn sie nur unschädlich sind, dem Gewerbe zukommen mögen und werde solchen Anträgen, auch wenn sie von der Linken kommen, sobald ich mich von ihrer Unschädlichkeit überzeuge (Heiterkeit, Gelächter links) beistimmen. Sie lachen, meine Herren, aber was Rechtlichkeit anbelangt, so wird ihnen die rechte Seite nicht zu weichen brauchen. (Beifall.)

Der Abg. Kisker nimmt den Richterstand gegen die Bemerkungen des Abg. v. Gerlach in Schutz und erklärt sich besonders dagegen, daß die Bestrafung der Preßvergehen zum Theil den Geschworenen entzogen werde; der Redner nennt dies eine offenbare Verfassungsverletzung. Doch will er nicht sine studio, aber sine ira, an die Berathung des Gesetzes gehen und zur Verbesserung desselben der entgegengesetzten Seite die Hand reichen.

Abgeordneter Brüggemann: Meine Herren! Die Gestalten welche im Jahre 1848 von Land zu Lande gingen, Unheil verkündigend, Unheil bringend, ließen nach schrankenloser Preß- und Vereinsfreiheit, nach Volksbewaffnung rufen. Sie wußten wohl, was geeignet war, eine Revolution hervorzurufen. Die Verfassung des Jahres 1848 konnte sich diesem Einflusse nicht entziehen. Die Censur verhütete, Versuche zu Verbrechen werden zu lassen; die Aufhebung der Censur bezweckte, den zum Verbrechen gewordenen Versuch als Verbrechen bestrafen zu können. So wurde die Censur in England und Frankreich aufgehoben. — Wir sind im Begriff ein Preßgesetz zu berathen, durch welches die wahre Freiheit der Presse, die geistige Entwickelung, Ordnung, Gesetzlichkeit und politische Freiheit gehoben werden soll. Wenn uns dies gelingt, so werden wir unsere Aufgabe nicht ohne Ehre lösen. Man tritt dem Gesetze dadurch entgegen, daß man sagt, die Presse bedarf gar kein Gesetz, sonst sei sie unfrei. Es giebt aber Verbrechen, die durch die Presse begangen werden, und ihre Strafe in den allgemeinen Strafgesetzen nicht finden. Das Verbrechen muß durch die Strafe wieder ausgeglichen werden, und wenn wir auch nicht von einer Abschreckungstheorie ausgehen wollen, so liegt doch in jeder Strafe ein Mittel zur Abschreckung, und ich wünschte, daß die Abschreckung so prevenirend wirke, daß ein Verbrechen später nicht mehr begangen werde. Aber, sagt man, jede Prävention ist durch die Gesetze des Jahres 1848 ausgeschlossen. Hier soll das Vorangehende gelten, bei anderen Gebieten, bei der Gewerbegesetzgebung z. B. nicht. Mindestens werden in der Preß-Gesetzgebung die Beschränkungen möglich sein, die nach der Verfassung vom Jahre 1850 erlaubt sind. — Ferner greift man die Konzessionen an. Nur zur Verbreitung von schädlichen Substanzen, von Gift und Pulver sollen Konzessionen nöthig sein, aber moralisches Gift darf ohne Scheu feilgeboten werden! Gewisse Memoiren sind für Wenige süße Leckerei, für Viele ein nachwirkendes Gift. Ich erinnere an die Plakatenpresse von 1848; wie mancher Vater hat jene Wirksamkeit des durch die Presse verbreiteten Giftes kennen gelernt. — Unser Gesetz bleibt zumal weit hinter den Bestimmungen der englischen und französischen Gesetze zurück. Der Punkt, der die Strafen und die Verhängungen derselben betrifft, wird vielfach erwogen werden; mindestens aber liegt darin keine Verfassungsverletzung. — Man wünscht, daß Geschworene alle Preßverbrechen aburtheilen sollen und sagt: Vor der öffentlichen Meinung ist das Unrecht begangen, vor der öffentlichen Meinung soll es auch bestraft werden! Hier allein sollen also die Vergehungen dem Richterstande entzogen werden. Die spezielle Diskussion wird hoffentlich die richtige Mitte finden. — Nachdem man dem Gesetze Verfassungswidrigkeit, Unrechtmäßigkeit und Unzweckmäßigkeit vorgeworfen hat, sagt man: „Ihr wollt französische drakonische Gesetze! Haben wir denn französische Zustände?" Als im Jahre 1848 Treue und Glaube bei uns zu Hause verloren gegangen war, da gingen wir nach der Schweiz und nach Frankreich, um ein Bischen Revolution zu erbetteln — (Beifall) und jetzt da die alte Treue wieder zurückgekehrt ist, sollen wir von Frankreich, woher das Gift gekommen ist, nicht die Mittel hernehmen, um künftigen Verwirrungen vorzubeugen? (Lauter Beifall) damals war der Ruf: „Mit Gott für König und Vaterland" verklungen, und Plakate ohne Zahl riefen dem Bürger zu: „Ohne Gott, gegen König und Gesetzlichkeit!"

Es ist wahr, wir haben noch keine französischen Zustände, aber wir müssen uns auch hüten, sie herbeizuführen. Meine Herren! Es handelt sich um eines der wichtigsten Güter des Volkes, ein Gut, durch welches wahre Freiheit, Sinn für Recht und Gesetz, Liebe zu König und Vaterland gehoben, aber auch jedes sittliche Gefühl untergraben und vernichtet werden kann. (Beifall.)

Der Abg. v. Rönne erklärt sich gegen das Gesetz in seinen verschiedenen Theilen. Wenn ein reaktionäres Ministerium am Ruder sei, so werde dies die freisinnige, nie ein freisinniges die reaktionäre Presse unterdrücken. Stets wird das Damoklesschwert dieses Gesetzes, fährt der Redner fort, über dem Haupt der Schriftsteller schweben. Dagegen sind die früheren Zustände besser gewesen, wo das Obercensurgericht über Ausschreiten der Presse wachte, während sie jetzt in die Macht weniger gebildeter Polizeibeamten gegeben ist. Früher sagte ein Dichter: Ein Engel schuf die Preßfreiheit, der Teufel die Censur. Machen Sie, meine Herren, daß man sich nicht die früheren Zustände zurückwünsche und einst singe: Der Teufel schuf die Preßfreiheit, ein Engel die Censur. (Beifall links.)

Der Abg. v. Plötz bezeichnet das Gesetz als ein dringend vom Lande gewünschtes; die Regierung habe sich dieser schweren Aufgabe unterzogen, und es sei Sache des Hauses, die Regierung darin zu unterstützen. Es sei viel leichter, Gefahren hervorzurufen, als Gesetze zu machen. Wenn man aber zukünftigen Gefahren vorbeugen wolle, so müsse man das Gesetz annehmen.

Abg. Camphausen: Ich erkläre mich gegen das Gesetz und gegen den Bericht der Kommission. Aber da die Entscheidung dieses Hauses wesentlich abhängt von dem Orte, woher die Vorschläge kommen, so hoffe ich, daß Vorschläge von der Majorität eingehen, die dem Gesetze seine Schärfe nehmen werden. Obgleich mich der Bericht der Kommission und die Reden, die ich gehört habe, gewaltig enttäuschten, so gebe ich diese Hoffnung doch nicht auf. Früher durchstrich der Censor die Stellen, die nicht gedruckt werden sollten. Jetzt wird man stets drohen müssen, den Hammer der Gerechtigkeit oder vielmehr der Rache wieder fallen zu lassen; ja der Rache, denn die Abschneidung der Nahrungsquelle ist der Konfiskation gleich zu achten. — Welche Schwenkungen muß heut zu Tage nicht ein offiziöses Organ machen! (Heiterkeit.) Früher freute ich mich, wenn etwas Falsches geschrieben wurde, schon darauf, wie klar und scharf dies morgen widerlegt werden würde.

Ich habe geglaubt, daß unser Richterstand in seiner Gesammtheit sich gegen ein Gesetz erklären würde, das die Bestrafung der Preßvergehen von den Richtern und zugleich von den Verwaltungsbehörden abhängig macht. Das ist keine Kabinetsjustiz, sondern eine Ministerialjustiz. Der Richterstand müßte sich dafür entscheiden, daß entweder ihm allein die Aburtheilung überlassen oder daß Contraventionen von polizeilicher Seite bestraft werden, wozu es der Richter nicht bedarf. Auch die Partei, welche die Freiheit durch Freiheiten, das Recht durch Vorrechte begründen will, wird bedenken müssen, daß sie in der Presse die größte Stütze verliert. Oder will man, nachdem man dafür gewirkt hat, daß die Regierung das Organ einer Zeitung ist, noch einen Schritt weiter gehen, und die Zeitungen nur noch als Organe der Regierung haben? Wollen Sie dem Helfer den Fuß auf den Kopf setzen und glauben Sie ohne denselben die Bureaukratie beseitigen zu können? Es handelt sich hier um ein Recht, das für Alle ein Recht, für Niemand ein Vorrecht ist. (Heiterkeit und Beifall.) Nun könnte ich Ihnen, nachdem ich von den Wünschen der Majorität gesprochen, auch von den Wünschen der Minorität sprechen. Dazu wird sich jedoch noch bei den einzelnen Theilen des Gesetzes Raum finden. Sie unternehmen es, meine Herren, ein Scheingesetz zu berathen. So viel ich erfahren, soll nach Beschlüssen in Dresden die Preßgesetzgebung zur Kompetenz des Bundes gehören, und da fragt es sich, wie viel dem Unsrigen im Gesetze bleiben wird. Während in Dresden die Stellung der Staaten eine unklare ist, so ist wenigstens unsere Stellung klar; wir sollen sagen, ob es der Regierung freistehen soll, allein Preßgesetze zu geben oder nicht. Ich hoffe, daß die Majorität selbst Anträge stellen wird, die das Gesetz verbessern. Möge sie bedenken, daß sie in ihrer Stellung nicht blos für ihr Sprechen, sondern auch für ihr Schweigen verantwortlich ist.

Nachdem der Abg. v. Zander noch für das Gesetz gesprochen, erhält der Regierungs-Kommissarius das Wort.

Regierungs-Kommissarius Scheerer: Es ist dem Gesetz zum Vorwurfe gemacht worden, daß es dem Geiste und dem Wortlaute der Verfassung vom 31. Januar 1850 widerspreche. Wäre dies der Fall, so würde der ganze Entwurf zu verwerfen sein. Dem ist jedoch nicht so. Man kann dies verschieden beurtheilen, je nachdem man die Begriffe „Preßfreiheit" und „Censur" erweitert oder verengert. **In der Verfassung steht nicht, daß die Preßfreiheit garantirt.** (Links: Oh! Oh!) Ich sage, sie erlaubt freie Meinungsäußerung, aber sie garantirt die Preßfreiheit nicht, indem sie sagt: Censur darf nicht eingeführt werden, andere Beschränkungen nur im Wege der Gesetzgebung.

Dagegen behauptet man heut, Censur darf nicht eingeführt werden, jede andere Beschränkung aber auch nicht, denn sie enthält eine Art von Censur. Die Verfassung sagt jedoch, daß andere Beschränkungen im Wege des Gesetzes eingeführt werden können. Dies beweist, daß der Entwurf des Gesetzes der Verfassung nicht widerspricht. Auch die Bestimmung, daß die Bestrafung der Preßüberschreitungen zum Theil den Geschworenen entzogen wird, ist weder dem Buchstaben noch dem Geiste der Verfassung zuwider. Man hat weiter gesagt: wenn die Regierung die Zügel der Presse in die Hand bekommt, so ist dies ein zweischneidig Schwert. Das kann wohl nicht im Ernst gesagt sein. Ein Ministerium muß über den Parteien stehen. Ein liberales Ministerium wird diese seine Stellung schon darum nicht mißbrauchen, weil es, um zu zeigen, daß es liberal ist, der entgegengesetzten Meinung Spielraum gönnen muß. Man sieht das an dem Ministerium, das jetzt am Staatsruder ist, trotz der Verordnung vom 5. Juni haben Schriften der entgegengesetzten Meinungen Verleger gefunden; eine Vertheidigungsrede, zu Köln gehalten, hat 10 Auflagen erlebt. Wie die Verordnung also die Presse fesselt, ist nicht ersichtlich. Bei den einzelnen Paragraphen werde ich auf Einzelnes zurückkommen.

Diese Rede hat Gegenbemerkungen der Abgeordneten von Rönne und Kisker zur Folge. Der Kultusminister v. Raumer ist eingetreten.

Ein Antrag auf Schluß wird zurückgezogen.

Der Abg. Lette hält es für schwer, nach dem Vorredner (Scheerer), der schon im Vorparlament gesessen, zu sprechen. Er ist gegen das Gesetz; es widerspreche dem Satze: Wissenschaft und Lehre ist frei, und sei nur dazu da, um die Schriftsteller ein wenig zu „polizeimaßregeln." Der Redner führt sodann des Weiteren durch, daß Unterdrückung der Preßfreiheit nie ihren Zweck erfüllt habe. Die Septembergesetze in Frankreich haben erbittert und empört, aber der Revolution nicht vorgebeugt. In England glaubte zu Jakobs Zeit das einzige Blatt, der Observator, zu Deutsch „Zuschauer" (große Heiterkeit) die allgemeine Meinung zu beherrschen, und 5 Jahre später proklamirte Wilhelm von Oranien die Volksfreiheiten. Das erste was, als der Strom vom Westen im Jahre 1848 hereinbrach, gegeben wurde, war die Preßfreiheit.

Der Reg.-Kommissarius Scheerer glaubt in seiner heutigen Stellung auf eine persönliche Insinuation nicht antworten zu dürfen. (Beifall.)

Der Abg. v. Manteuffel verzichtet auf das Wort „in Rücksicht auf die eben gehaltene Rede". (Allseitige Heiterkeit.)

Abg. v. Hermann: Meine Herren! Ich will die Meinung, die ich in der Kommission als einzelnes dissentirendes Mitglied ausgesprochen habe, nicht noch einmal darlegen; ich nehme nichts davon zurück. Wenn man das Gesetz annimmt, so wird man dem Bären gleichen, der seinen schlafenden Herrn von einer Fliege befreien wollte und mit einem großen Steine freilich die Fliege, aber auch den Herrn erschlug. Die Presse ist eine Macht. Hüten Sie sich, sie zu verachten.

Nachdem der Berichterstatter v. Jordan die Ansichten der Kommission in einer längeren Rede vertheidigt hat, wird nach dem Schluß der allgemeinen Debatte die Berathung vertagt.

Schluß der Sitzung 3 Uhr.
Nächste Sitzung: Freitag 10 Uhr.

Berlin, 20. Febr. Se. Majestät der König haben allergnädigst geruht: dem Notarius Voß zu Gumbinnen den rothen Adlerorden vierter Klasse zu verleihen; sowie den früheren Land- und Stadtgerichts-Direktor Steinbeck zu Brandenburg zum Direktor des dortigen Kreisgerichts zu ernennen.

Bei der heute beendigten Ziehung der zweiten Klasse 103ter königlicher Klassen-Lotterie fiel der Hauptgewinn von 10,000 Rtl. auf Nr. 58,638; 2 Gewinne zu 1000 Rtl. fielen auf Nr. 12,927 und 26,605, und 1 Gewinn von 500 Rtl. fiel auf Nr. 36,181.

Abgereist: Se. Excellenz der General-Lieutenant und Inspekteur der 2ten Artillerie-Inspektion, von Strotha, nach Neu-Ruppin.

Berlin, 20. Febr. [Hofnachrichten.] Gestern Abend war im königlichen Schlosse großer Ball, zu dem über 1000 Personen befohlen waren. Ihre Majestät die Königin waren durch eine leichte Indisposition, die in keiner Weise Besorgniß erregt, aber Schonung gebietet, verhindert, zu erscheinen. — Das Fest begann um 8 Uhr. Das Souper war nach 11 Uhr. (St.-Anz.)

Die N. Pr. Ztg. sagt über dieses Hoffest: „Das gestrige königliche Fest war eines der glänzendsten und belebtesten, deren man sich erinnert. Die geringere Anzahl der anwesenden Personen erlaubte freiere Circulation, als bei den vorhergegangenen Couren, und so war es mehr als bei diesen gestattet, die prachtvollen Säle zu betrachten und zu bewundern. Namentlich war es der Abschluß, den der weiße Saal nach der Seite der Kapelle hin erhalten hat, der die allgemeinste Bewunderung erregt. Fünf Bogen öffnen sich auf dieser Seite aus dem Saale nach der prachtvollen Treppe, welche hinaufwärts zur Kapelle und noch höher nach der Loge des weißen Saales, hinunterwärts nach dem großen Portale (Nr. 3) führt, zwei dienen als Thüren, die drei mittleren sind mit enormen Krystallscheiben gefüllt, welche den Durchblick auf das Treppenhaus gestatten. In den Räumen zwischen der Stiege, die hinabwärts führt, und den beiden Stiegen, die links und rechts zur Kapelle hinansteigen, sind Wintergärten angelegt. Im üppigsten Grün prangten goldene Springbrunnen (auf jeder Seite einer), die, vom silbernen Wasser überfluthet, die Architektur beleben und die anmuthigste Kühlung verbreiten. Noch ist das Innere des weißen Saales nicht vollendet, aber kaum vermißte man in dem prachtvollen Lichtglanze die fehlenden Gemälde und Ornamentirungen. Einen nicht min-

der prachtvollen Anblick gewährte der Rittersaal, in dem das Souper für die allerhöchsten Herrschaften servirt war. Die reichste Beleuchtung stand im reizendsten Kontraste zu den dunkleren Wänden und strahlte von dem reichen Geschirr des Buffets zurück."

C. B. **Berlin**, 20. Februar. [Die heutige Debatte in der ersten Kammer] hat in der That Erwartungen getäuscht, so unglaublich es auch klingen mag, wenn von „Erwartungen" geredet wird, die in Beziehung auf die erste Kammer gehegt sein sollen. Allerdings aber mußte man, nachdem auch die Organe der äußersten Rechten sich gegen das Preßgesetz ausgesprochen hatten, die Meinung haben, die Inspiratoren jener Blätter würden sich in demselben Sinne äußern. Hr. v. Gerlach hat sich mit dem Gesetz im Prinzip einverstanden erklärt und findet nichts Bedenkliches darin, daß der Administration „ein möglichst kräftiger Einfluß" gesichert ist. Herr v. Plötz erklärte geradezu, „nicht begreifen zu können," wie man der Administration nicht das nämliche Vertrauen schenken wolle, das man der Justiz zuwende. Die Literaten der äußersten Rechten sind mithin nicht minder übel daran, wie wir anderen. Sie sind — ein übler Trost — in unser Heu nos miseros! einzustimmen genöthigt und müssen den Vorwurf auf sich nehmen, den der Kommissionsbericht gegen uns Alle erhebt, den Vorwurf, daß die Würdigkeit und die Bildung derjenigen, welche ihren zum Theil verfehlten Lebensberuf der Presse zugewendet haben, und aus ihren Erzeugnissen eine spärliche Nahrungsquelle ziehen, den billigsten Anforderungen nicht entsprechen. Zu dem Preßgesetz sind in der ersten Kammer einige „Verbesserungs-Anträge" eingegangen. Der Abg. Schnaase will in Beziehung auf die Bestimmung wegen der Gewerbe-Konzession die unbestimmte und dehnbare „Zuverlässigkeit" beseitigen. Es soll genügen, daß die Bezirksregierung sich von der „Unbescholtenheit, so wie von einer zum Betriebe des Gewerbes genügenden allgemeinen Bildung des Unternehmers Ueberzeugung verschafft hat." Bei den Buchdruckern soll der Nachweis erfordert werden, daß sie ihr Gewerbe ordnungsmäßig erlernt haben. — Die Linke: v. Brünneck, v. Vincke, v. Tepper u. A. schlagen vor: „die Konzession ist nur denen zu versagen, welche sich nicht im Vollbesitz der bürgerlichen Rechte befinden." Dieselben wollen ferner, daß die Schriften nicht 24 Stunden vor, sondern „gleichzeitig mit der Ausgabe oder Versendung" hinterlegt werden sollen. Degenkolb will zu Gunsten der Formulare u. dgl., daß auf diesen die Offizin, aus der sie hervorgegangen, nicht zu vermerken sei. Hermann will die Cautionen, „wenn solche überhaupt angenommen werden sollten," auf das Maaß des Gesetzes vom 17. März 1848 zurückführen. v. Sybel und Degenkolb gestatten Niederlegung der Kaution zur Hälfte in Staatspapieren. In Bezug auf den Gerichtsstand wollen v. Brünneck und Genossen Verweisung aller Preßverbrechen, aller Prozesse wegen „Aufforderungen" und „Anreizungen," ferner: Prozesse wegen Beleidigung der Minister, der Kammer ꝛc. vor die Schwurgerichte. Endlich will Schnaase noch im Interesse der Gewerbe, daß die Konzession nur entzogen werden könne, wenn das Gericht auf Entziehung der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt habe.

= **Berlin**, 20. Febr. [Die neue Kirchengemeinde-Ordnung] hat nicht blos den Widerspruch der kirchlichen Organe, wie namentlich verschiedene Diöcesanversammlungen durch Erklärungen an den Tag gelegt haben, hervorgerufen, sondern auch städtische Behörden aus allen Landestheilen haben Verwahrung gegen diese Art der Ausführung eingelegt. Die Art, wie diese von der neu geschaffenen kirchlichen Centralbehörde, dem Evangelischen Oberkirchenrath, beantwortet werden, ist auch nicht eben geeignet, die vorhandene Abneigung zu beseitigen. Ich bin in der Lage, Ihnen einen solchen Bescheid, der an den Magistrat zu Grünberg ergangen ist, dem Wortlaut nach mitzutheilen:

„Der Herr Minister der geistlichen Angelegenheiten hat die Eingabe vom 2ten v. M., in welcher der (tit.) gegen die von des Königs Majestät unter dem 29. Juni d. J. genehmigten Grundzüge der evangelischen Gemeindeordnung Protest eingelegt hat, zur ressortmäßigen Verfügung an uns abgegeben. Hierauf eröffnen wir dem (tit.), daß wir diesen Protest lediglich zu unsern Akten genommen haben, da ein Recht der städtischen Magisträte zur Vertretung der evangelischen Kirchengemeinden und zur Erörterung kirchlicher Verfassungsfragen in der Gemeindeordnung nicht erfindlich ist, und auch das Patronat, dessen Natur und Umfang die Gesetze genau bestimmen, keine Befugniß gewährt, vermöge dessen die Inhaber als solche für ermächtigt gehalten werden dürften, in die innere Entwickelnng der Gemeinden und der Kirche einzugreifen, und in derselben ihre besonderen Standpunkte zur Geltung zu bringen. So viel im Uebrigen die Ergebnisse der dort am 16. Oktober d. J. abgehaltenen Synodalkonferenz anbelangt, gegen welche der Magistrat ebenfalls Verwahrung eingelegt, so werden dieselben von der vorgesetzten Behörde näher geprüft und es wird darauf dasjenige angeordnet werden, was dem Recht und der Lage der Sache gemäß ist."

[Eine Erklärung.] Bei den Verhandlungen in der ersten Kammer über die schleswig-holsteinische Angelegenheit behauptete bekanntlich der Ministerpräsident, daß die Protokolle zwischen der Statthalterschaft und den Bundeskommissarien von den Letzteren nicht anerkannt seien. Die „Sächs. Const. Zeitung" bringt in Beziehung hierauf eine Erklärung des Justizraths Schleiden aus Dresden vom 18. Februar, der wir Folgendes entnehmen: „Da die Bemerkung des Herren Ministerpräsidenten, sowie Aeußerungen des Berichterstatters Abg. Stahl, der Auffassung Raum geben, als ob die von den Herren Bundeskommissären in den Konferenzen vom 7. und 11. Januar abgegebenen Erklärungen in jenen Protokollen nicht wahrheitsgemäß aufgenommen seien, so glaubt der Unterzeichnete, welcher jene Protokolle geführt hat, es seiner Ehre schuldig zu sein, hierdurch öffentlich auszusprechen, daß jene Erklärung des Herrn Ministerpräsidenten v. Manteuffel nicht richtig ist. Die Protokolle sind nach beendigter Sitzung jedesmal sofort laut verlesen und, nachdem einzelne Ausdrücke auf Verlangen geändert worden, von sämmtlichen Anwesenden, namentlich auch von den Herren Bundeskommissären als richtig anerkannt. Daß dies geschehen, ist auch in der zu allen Zeiten und bei allen Behörden in den Herzogthümern üblichen Weise am Schlusse der Protokolle durch die Buchstaben „V. G." (d. h. vorgelesen und genehmigt) ausdrücklich bemerkt und mit meiner Namensunterschrift beglaubigt. Demnächst ist unmittelbar nachher eine fidemirte Abschrift der resp. Protokolle den Herren Bundeskommissarien offiziell mitgetheilt, ohne daß jemals von denselben nachträglich irgend eine Einwendung gegen die Richtigkeit der Protokolle erhoben worden. — Jeder Zweifel über die gewissenhafte Beobachtung dieser Form wird durch das Protokoll vom 11. Januar beseitigt, welches unter Anderm eine Randbemerkung enthält, in welcher ausführlich über eine bei Verlesung des Protokolls entstandene Diskussion referirt wird, und die gleichfalls vorgelesen, genehmigt und beglaubigt ist. Dieser Erklärung habe ich nur noch eine Verwahrung gegen die schon früher gehörte, in derselben Sitzung der preußischen ersten Kammer wiederholte Beschuldigung hinzuzufügen, als ob die Herzogthümer Schleswig-Holstein sich gegen ihren Landesherrn aufgelehnt hätten. Nur die gewissenhafte Ueberzeugung, die Rechte des Landes und des legitimen Landesherrn gegen die Umsturzpläne des dänischen Ministeriums zu vertheidigen, hat den Herzogthümern und ihrer von Deutschland eingesetzten Regierung die Kraft verliehen, auch in schweren Zeiten in ungleichem Kampfe auszuharren; dieselbe Ueberzeugung hat Land und Regierung nicht anstehen lassen, die Waffen niederzulegen, als Oesterreich und Preußen Namens des deutschen Bundes erklärten, diese Rechte im Wege friedlicher Verhandlungen, auf Grundlage des status ante bellum, wahren zu wollen. Dresden, 18. Februar 1851. R. Schleiden aus Kiel, vormaliger königlich dänischer wirkl. Justizrath ꝛc."

Die königl. Regierung zu Königsberg hat sich veranlaßt gesehen, von der ihr nach § 25 der Gemeindeordnung vom 11. März v. J. zustehenden Befugniß Gebrauch zu machen und demnach die für die Stadt Königsberg bisher stattgehabten Gemeinderathswahlen für ungültig zu erklären, weil dabei durchweg die gesetzliche Form nicht innegehalten worden ist. (C. C.)

[Der königliche Gerichtshof zur Entscheidung der Competenz-Konflikte] hat kürzlich ein in mancher Hinsicht erhebliches Erkenntniß abgegeben. Der Literat Streckfuß und einige andere Vorsteher der frühern s. g. Bezirksvereine der Volkspartei waren von dem hiesigen Polizei-Präsidium auf Grund der Verordnung vom 29. Juni 1849 aufgefordert worden, die Verzeichnisse der Vereinsmitglieder einzureichen. In Folge wiederholter Weigerung wurden die Genannten mit Exekutionsstrafe belegt. Sie erhoben indessen Klage auf Rückerstattung beim hiesigen Stadtgerichte, welches denn auch ein Zahlungsmandat an das Polizeipräsidium erließ. Auf dessen Rekurs jedoch an den Gerichtshof zur Entscheidung der Competenz-Konflikte hat dieser durch Erkenntnisse vom 28. Dezember v. J. den Rechtsweg in der fraglichen Sache für unzulässig erklärt und den erhobenen Competenz-Konflikt für begründet erachtet. (C. C.)

Aus der Provinz Posen, 17. Febr. Unter diesem Datum wird der „Voss. Ztg." folgende Mittheilung über die Wirkungen des Gesetzes vom 12. November gemacht. Der Kreis Inowraclaw hat, wiewohl in ihm sehr viele reiche Besitzer wohnen, ein Darlehn von 10,000 Thlr. aufnehmen, der Kreis Bromberg zur Beschaffung der Naturallieferungen, zur Bezahlung der Landwehr-Kavallerie-Pferde und zur Unterstützung der Familien eingezogener Landwehrmänner sogar 14,000 Thlr. aufbringen müssen. Die Stadt Bromberg, durch unausgesetzte Einquartierungen gänzlich erschöpft, ist genöthigt eine Anleihe von 10,000 Thlr. zu kontrahiren, welche etwa zur Hälfte durch freiwillige Zeichnungen gedeckt sind. Der Rest wird wahrscheinlich durch eine Zwangsanleihe unter den Bürgen beschafft werden.

* **Magdeburg**, 20. Febr. [Tagesbericht.] Gestern Abend 8½ Uhr traf Se. königl. Hoheit der Prinz von Preußen hier ein und nahm im Schlosse bei dem General v. Hedemann seinen Nachtaufenthalt, nachdem eine Vorstellung der Behörden und Offiziere, sowie ein kleines Souper stattgefunden. Statt des erkrankten Generals v. Hedemann machte der General v. Hirschberg die Honneurs. — Ueber die Wahl Grabows zum ersten Bürgermeister hört man noch immer nichts Zuverläßiges. — Die Stadt, welche in den letzten Monaten natürlich eine sehr bedeutende Einquartierungslast zu tragen gehabt, hat in Bezug auf die Vermiethungen der Zimmer beschränkende Vorschriften gegeben, so daß den Aftervermiethern jetzt unter Umständen auch Abgaben, gleichsam eine Gewerbsteuer, auferlegt wird. — Gestern Mittag rückte die 2te Pjonnier-Kompagnie wiederum in ihre früher eingenommene Kaserne, von Wollmirstädt kommend, während die andere Kompagnie mit dem großen Ponton-Train des 3. Armeekorps im mobilen Zustande beim General v. Wussow bleibt.

Deutschland.

Die Dresdener Konferenzen.

Wir beschränken uns heute auf die Mittheilung folgender Berichte aus den Berliner Blättern:

Die „Deutsche Reform" läßt sich in möglichst diplomatischer Weise aus Dresden vom 19. Februar schreiben: „Es ist genug, daß keine der beiden deutschen Großmächte es ohne die Zustimmung und Mitwirkung der andern zu einer Neugestaltung Deutschlands bringen kann. Sind beide einig, so können sie den Widerstand der kleineren und mittleren Staaten leicht überwinden, und haben auch Mittel, etwaigen Versuchen, im Auslande eine Stütze zu finden, jede Aussicht auf Erfolg abzuschneiden. Vor allen Dingen kommt es daher auf diese Einigkeit an. Wird sie nicht erreicht, so dauert der jetzige verfassungslose Zustand in Deutschland fort, hereinbrechende Stürme finden nur eine Anzahl einzelner, an Macht und Größe verschiedener Staaten vor, von denen jeder einzelne im Augenblicke der Noth Schutz und Anhalt sucht, wo er beides zu finden hofft, und unter denen ein Zusammenhalten nicht mehr möglich sein wird. Deutschlands Zukunft ist dann dem Zufall Preis gegeben. Die beiden Großmächte werden den Sturm überdauern: das Schicksal der übrigen Staaten entzieht sich jeder Berechnung. — Mögen diese übrigen Staaten Oesterreich und Preußen die zu lösende Aufgabe nicht erschweren. Mögen die kleineren Staaten die erweckte Besorgniß vor ungerechten Benachtheiligungen, vor der Zumuthung von Opfern, die nicht für allgemeine und heilsame Zwecke gefordert werden, fahren lassen. Mögen aber auch die mittleren Staaten die Hoffnung, die sie hin und wieder genährt haben könnten, aufgeben, die nothwendige und natürliche Parität Preußens und Oesterreichs in ein österreichisches Protektorat und eine Parität Preußens mit den Mittelstaaten verkehrt zu sehen. Jeder Plan, dem ein solcher Rückgedanke zum Grunde läge, würde schnell durchschaut und erkannt werden. — Es kommt im Augenblick auf Herstellung einer Autorität im deutschen Bunde an, die die wesentlichen Zwecke des Bundes wahrt. Diese liegen nach Außen in der Erhaltung des Bundes als eines politischen Gesammtkörpers, nach Innen in der Wahrung des Landfriedens und der innern Sicherheit. In Bezug auf die Stellung des Bundes nach Außen läßt sich nicht mehr bestimmen, als die Bundesgesetze bereits enthalten: wohl aber läßt sich das, was sie enthalten, zu einer besseren Geltung bringen, als es durch die Bundesversammlung möglich war. In Bezug auf das Innere hängt jede Verbesserung von der Frage ab: ob die Kompetenz des Bundes zu einer Einwirkung auf die inneren Landesangelegenheiten erweitert werden soll oder nicht. Im Augenblicke ist diese Frage schwerlich zu lösen; die Antwort auf dieselbe hängt davon ab, welcher Geist in den neuen Bundeseinrichtungen wirksam wird. Hiernach werden die Staaten ermessen, ob und in welchem Maße es ihnen dienlich sein kann, ihre inneren Landesangelegenheiten einer Einwirkung des Bundes offen zu stellen. Für den Augenblick genügt es also, wenn eine Bundesgewalt hergestellt, dieser die Anwendung des bestehenden Bundesrechts überlassen, und die weitere Ausbildung und Entwickelung des Bundesrechts zum Gegenstande der nächsten Fürsorge und Aufmerksamkeit gemacht wird. — Für die im Bunde herzustellende Autorität wird sich die Form finden lassen, sofern ihre Bedeutung richtig erkannt und damit die Besorgniß ausgeschlossen wird, in derselben eine, über die Staaten gestellte und ihre Selbstständigkeit vernichtende Regierung zu erhalten. Zeit und Umstände rathen, damit nicht zu säumen, und nicht zu bedenklich und zu besorgt zu sein. Jetzt läßt sich noch eine Form finden, die alle oder die meisten Interessen vereinigt: drängt erst die Noth, so wird auf diese Interessen weniger Rücksicht genommen werden können."

Die „Neue Preuß. Ztg." spricht offenherzig ihre Sehnsucht nach dem alten Bundestage in folgendem Schreiben aus:

„**Dresden**, 19. Febr. Obgleich der preußische Minister-Präsident v. Manteuffel heute Mittag wieder von Berlin hier angelangt ist, so wird doch morgen noch keine Plenarsitzung, wie anfänglich beabsichtigt war, gehalten werden. Dieser soll vielmehr eine Berathung — genau gesprochen, Verständigung — des preußischen und österreichischen Ministerpräsidenten im Laufe des morgenden Vormittags vorangehen. Ich habe erneuerten Grund zu der Annahme, daß die preußische Regierung sich den österreichischen Vorschlägen nicht fügen, vielmehr unter Zustimmung der kleineren Staaten die Rückkehr zum alten Bundestage mit Modifikationen beantragen wird. Oesterreich scheint gegenwärtig die Reaktivirung der im Jahre 1848 aufgehobenen Bundes-Versammlung, welche mit allen möglichen Mitteln bisher erzielt wurde, sehr ungern zu sehen. Die Anwesenheit des Herrn v. Manteuffel und Fürsten Schwarzenberg dürfte sich bis zum Sonntag hinziehen."

Der preußische Staatsminister Uhden ist seit gestern hier anwesend, um den Verhandlungen beizuwohnen, welche zwischen Oesterreich und Preußen zur Erledigung der „hessischen Wirren" stattfinden, denn die gegenwärtigen Unterhandlungen zwischen dem Fürsten Schwarzenberg und Herrn v. Manteuffel betreffen nach der N. Pr. Z. keineswegs allein die deutsche Bundes-Angelegenheit; dieselben beziehen sich vielmehr auch auf die hessischen, holsteinischen und schweizer Verhältnisse.

Nach der „Voss. Z." sind die von Oesterreich befürworteten Propositionen ganz im Sinne des Bregenzer Vertrags, und erfreuen sich der vollen Zustimmung der 4 kleinen Königreiche. An Parität und Theilung des Präsidiums mit Preußen sei nicht zu denken, da die Mittelstaaten entschieden sich für Beibehaltung des Art. 5 der Bundesakte erklären, welcher bekanntlich das Präsidium Oesterreich ausschließlich überträgt. — Die „Voss. Z." begleitet diese Resultate mit folgender in ihrem Munde ziemlich bezeichnender Randglosse: „Wiewohl wir nie viel auf das zu Olmütz zwischen den beiden Großmächten abgeschlossene friedliche und freundschaftliche Verhältniß gegeben haben, so sind die nun in Aussicht stehenden Erfolge der staatsmännischen Weisheit des gegenwärtigen Ministeriums denn doch noch überraschend." — Uebrigens wolle man wissen, daß Hr. v. Manteuffel in Dresden „protestiren" werde. — Dieselbe Zeitung meldet weiter: „Wie man vernimmt, soll eines der ersten legislatorischen Produkte der neuen Bundes-Behörde ein Bundes-Preßgesetz sein, nach welchem die in sämmtlichen Bundesländern in Bezug auf die Presse herrschenden Bestimmungen zu modifiziren wären. Einzelne Vorarbeiten sollen auf der Dresdener Konferenz schon besprochen worden sein, und nach dem Wenigen, was man hierüber hört, sollen die Bestimmungen in Betreff der Preßvergehen möglichst verschärft und Kautionen für die politische Presse da, wo sie noch nicht bestehen, eingeführt werden. Auch spricht man von einem Vorschlage in Betreff der Wiedereinführung des Zeitungsstempels. In Betreff des Verkaufs einzelner und solcher Werke, die in moralischer oder in politischer Beziehung als besonders verderblich erscheinen, würde die Bundesbehörde wohl ein für alle Bundesstaaten gültiges Prohibitorium erlassen können." — Die Volksvertretung beim Bunde werde von Hannover und einigen Kleinstaaten nochmals beantragt, jedenfalls aber verworfen werden, wobei die Minorität sich jedoch vorbehalten werde, den betreffenden Landesvertretungen eine offene Erklärung über ihre in diesem Punkte gescheiterten Bemühungen zu geben.

Die Nat.-Ztg. enthält folgenden Artikel an der Spitze ihres Blattes: „Berlin, 20. Febr. Die öffentliche Stimmung ist eine aufs Tiefste niedergedrückte. Es ist endlich Niemand mehr möglich, sich über die Lage des Staates und über die Befähigung der Männer, welche ihn in dieselbe versetzt haben, zu täuschen. — Wir haben guten Grund anzunehmen, daß das, was bisher über die neuesten Ansprüche Oesterreichs in die Oeffentlichkeit gelangt ist, deren wirklichen Umfang nur annähernd bezeichnet. Das ausschließliche Präsidium Oesterreichs in einer für Preußen möglichst nachtheilig zusammengesetzten Exekutive — es ist das viel, aber bei Weitem nicht Alles. — Von weit durchgreifenderer Bedeutung ist, daß Oesterreich die Kompetenz der Bundesgewalt möglichst weit ausdehnen, daß es derselben namentlich das Gebiet der materiellen Interessen unterordnen, und über Zoll- und Handelsfragen durch einfache Majoritätsbeschlüsse entscheiden lassen will. Es ist nicht zu bezweifeln, daß Oesterreich dem neuen Bundesorgan vor Allem die für die Durchsetzung seiner Projekte auf diesem Felde erforderliche Gestaltung zu geben sucht. — Aber auch weiter soll die Bundesgewalt überall in die Autonomie der Einzelstaaten eingreifen, ihnen die Grundlage der gesammten politischen Organisation vorzeichnen, und die Ausführung der neuen „Grundrechte der deutschen Nation" aufs Schärfste kontroliren. Die Stimmeneinhelligkeit soll auf äußerst wenige Punkte beschränkt, und so überall ein rasches und energisches Vorschreiten ermöglicht werden. — Bei der heutigen Isolirung Preußens, bei der tiefen und allgemeinen Mißachtung, der es Preis gegeben worden ist — einer Mißachtung, von deren Grade vielleicht nur Diejenigen das volle Bewußtsein erlangt haben, welche in den letzten Monaten an irgend einem Punkte die preußische Grenze überschritten — bei dem entschiedenen und — man muß es sagen — gerechten Widerwillen, mit dem selbst seine früheren Bundesgenossen sich von ihm abwenden, wird Preußen bei allen solchen Beschlußfassungen, wenn es nicht treulich Schritt für Schritt in Oesterreichs Fußtapfen fortwandelt, sich in der Minorität befinden. — Man sieht, daß die Folgen der österreichischen Vorschläge für Preußen einfach auf einen einzigen Ausdruck zurückzuführen sind: Mediatisirung. — Ferner besteht Oesterreich nicht nur auf der Einverleibung seiner östlichen Kronländer, sondern auch Lombardo-Venetiens. Deutschland soll ihm fortan einstehen für seine Suprematie in Italien; es soll die Unterdrückung und Knechtung aller Völker garantiren helfen, welche Oesterreich nach tapferem Widerstande aufs Neue unter seine Füße getreten hat; es soll zunächst sich in alle Konflikte stürzen, welche der Protest Englands und Frankreichs gegen eine solche, die Basis der Verträge von 1815 völlig umstürzende Inkorporation drohend genug in nahe Aussicht stellt. — Ja noch mehr, es soll in Dresden sogar ein Wort von Wiederherstellung des deutschen Kaiserthums gefallen sein, und erst dies Wort soll dem so aufrichtigen und beharrlichen Vertreter der preußischen Friedenspolitik endlich die Binde von den Augen genommen haben. — Und wie findet uns diese Gefahr, nicht einer neuen Niederlage, sondern schon des Unterganges selbst? Wir hatten im Oktober noch die Möglichkeit, zu siegen, oder doch wenigstens mit Ehren zu fallen. Heute ist keine dieser beiden Möglichkeiten mehr vorhanden. Sagen wir es offen — es ist durch diese letzte, durch diese heilloseste aller Demonstrationen, durch diese Mobilisirung, welche die ganze Volkskraft aufbot, um vor den Augen von 500,000 Kriegern eine Scene der Demüthigung Preußens nach der andern vorüberzuführen, es sind hierdurch nicht nur Millionen unnütz hinweggeworfen, es hat nicht nur unser finanzieller Kredit einen ungeheuren Stoß erlitten — es ist mehr verloren worden, es ist aller Enthusiasmus abgenutzt, es ist dem Vertrauen durch alle Schichten der Bevölkerung die Wurzel ausgebrochen worden. — Wir werden uns einst wieder emporraffen, und aus der Tiefe des verschlossenen Grolles wird eine Erhebung hervorwachsen, gegen welche die von 1813 nicht wird auf die Wage gelegt werden können. — Aber jetzt nicht — jetzt nur weiter auf dem bisherigen Wege und mit den bisherigen Führern. Mögen sie ihr Werk so rasch als nur immer möglich vollenden."

Wir glauben, daß die N. P. Ztg. allein in ihrer Mittheilung der Wirklichkeit nahe gekommen ist. Die Herstellung des Bundestages ist das Endziel aller Anstrengungen, welche die Restaurationspolitik gemacht hat. Jetzt bedarf es nur noch eines letzten Trumpfes, um uns die Herstellung des Bundestages als eine Wohlthat erscheinen zu lassen. Diesen Trumpf scheint Oesterreich ausgespielt zu haben und bald werden wir es erleben, daß die ministeriellen Organe den Herrn v. Manteuffel lobpreisen, daß er in die Reaktivirung des Bundestages, (nicht des Bundesklubbs, wie dieselben ministeriellen früher sagten) gewilligt hat.

** **Kassel**, 19. Februar. [Tagesbericht.] Die zwei Kompagnien baierischer Jäger und die Eskadron Chevauxlegers, welche bisher hier lagen, sind heute ausmarschirt, um nach Baiern zurückzukehren. Dagegen ist ein Bataillon Baiern in die zunächst gelegenen Dörfer eingerückt und wird lange Zeit darin verweilen, denn die Gemeindebehörden haben die Weisung erhalten, für diese Truppen Menage einzurichten. — Einige 40 k. k. österreichische und k. baierische Offiziere sind vom Kurfürsten mit dem Hausorden vom goldnen Löwen dekorirt worden. Dem Verdienste seine Krone! —

Stuttgart, 18. Februar. [Die Mission des Staatsraths Linden.] Man sagt, Staatsrath v. Linden sei nicht sowohl deshalb nach Dresden gereist, um den endlichen Abschluß des deutschen Verfassungswerks fördern zu helfen, als vielmehr deshalb, um die Konferenz anzutreiben, daß sie hinsichtlich der in einzelnen Ländern einzuführenden Verfassungsrevision nähere Verfügungen treffe. Unsere Regierung, erzählt man sich, soll nämlich durch fortdauernde Handhabung des § 89 der Verfassungsurkunde nachgerade selbst genirt sein, und den Wunsch hegen, diesem exceptionellen Zustande baldigst ein Ende zu machen. (Würt. Z.)

Hannover, 19. Februar. [Erste Kammer.] Nach einigen weniger wichtigen Debatten geht die Kammer zur Berathung des Beschlusses zweiter Kammer, die Wahl Braun's und die Interpretation des § 37 des Gesetzes vom 5. September 1848 betreffend, über; die Beschlüsse zweiter Kammer werden fast einstimmig abgelehnt. Von Bedeutung sind die Worte des Minister-Präsidenten v. Münchhausen: Er warne vor jedem Versuche der Kammern, die Verfassung abzuändern. Bei der jetzigen Unbeständigkeit der Verfassungen würde die Regierung, welche nicht die Absicht habe, mit Anträgen auf Verfassungsänderungen in dieser Diät hervorzutreten, dann dem Drängen von anderer Seite, die Verfassung im entgegengesetzten Sinne zu ändern, nicht widerstehen können. Er warne die Kammer dringend vor Annahme des Beschlusses zweiter Kammer. — Für den Beschluß, die erwähnte Interpretation zu beantragen, stimmen, da die Worte des Ministers nicht ohne bedeutenden Eindruck vorübergingen, nur 3 Mitglieder (Rosenthal und zwei andere). (Hannov. Bl.)

Schleswig-Holsteinische Angelegenheiten.

Kiel, 20. Febr. Einem on-dit zufolge, soll der dänische General v. Bardenfleth vor einiger Zeit an die deutschen Kommissarien in Kiel folgende drei Fragen gerichtet haben: Wann der General v. d. Horst abtreten und er in seine Funktionen eintreten würde? Wann die schleswig-holsteinsche Armee die Abzeichen ablegen würde, welche von Sr. königl. Majestät nicht bestätigt worden wären? Uud ob die Reorganisation des Bundes-Kontingents so vorgenommen werden würde, daß sie mit der Organisation der dänischen Armee übereinstimmen werde? Darauf soll, jenem on-dit zufolge, folgende Antwort ertheilt sein: Wann der General v. d. Horst abgehen werde, würde sich zeigen; wann die Reorganisation eintreten werde, hänge von dem demnächstigen Bundesbeschlusse ab; ob die Reorganisation des Heeres mit der Organisation der königl. dänischen Armee übereinstimmen werde, könnten sie nicht sagen, weil ihnen diese letztere unbekannt sei.

Der Stadt-Kommandant v. Zeska soll dem General v. Bardenfleth seine Aufwartung gemacht und nach seinen Befehlen gefragt haben, worauf dieser geäußert: zur Zeit habe er noch nichts zu befehlen.

Der bekannte dänische Etatsrath Schrader verbreitete bei seiner Anwesenheit in Kiel das Gerücht, daß Herr v. Tillisch abgetreten sei. Gestern hieß es, daß der frühere Amtmann von Husum, Herr v. Krogh, an dessen Stelle getreten sei. Da indeß der holsteinische Kommissar, Graf Reventlow-Criminil, noch gestern einen schleswigschen Beamten an den Herrn v. Tillisch wegen gewünschter Rückkehr nach dem Schleswigschen verwiesen haben soll, so dürfte dieser Personenwechsel in der Civilregierung noch im weiten Felde sein. (H. C.)

Ratzeburg, 18. Februar. Heute Abend um 10 Uhr traf der k. dänische General v. Bardenfleth hier an, um morgen das lauenburgische Jäger-Corps zu inspiciren. — In Wittenburg sind nach Privatnachrichten gestern 600 Mann österreichischer Infanterie mit 110 Bagagewagen angelangt. (H. C.)

Itzehoe, 17. Februar. Gestern trafen die beiden deutschen Kommissäre, in Begleitung des Barons v. Blome, und wie wir hören, auch des Barons v. Heintze, auf Heiligenstedten ein. (H. C.)

Oesterreich.

* **Wien**, 20. Februar. [Tagesbericht.] Der bisherige außerordentliche Gesandte und bevollmächtigte Minister am kaiserlichen russischen Hofe, geheimer Rath Graf Carl Buol von Schauenstein, ist zum außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister am großbritannischen Hofe ernannt worden. — Die Aufstellung einer 100,000 Mann starken deutschen Bundesarmee gegen die Schweiz soll bereits projektirt sein und dieses Projekt ausgeführt werden, wenn die schweizerische Bundes-Centralgewalt nicht der brennenden Frage bezüglich des Kantons Neuenburg nachkommen sollte. Oesterreich und Preußen würden je 35,000, Baiern und Württemberg zusammen 20,000 und die übrigen deutschen Staaten zusammen 10,000 Mann zu stellen haben. Die verhältnißmäßigen Reserven müßten gleichfalls bereit gehalten werden. — Der bisherige preußische Gesandte am hiesigen Hofe, Graf v. Bernstorff, wird ferner diese Stelle beibehalten. — Mehrere wichtige Operationen in der Finanzverwaltung sollen schon in den nächsten Wochen zur Ausführung kommen. Man schreibt diesen Aspekten die Besserung der Course in den Valuten zu. — Auch in die Bundesfestung Landau, welche bisher nur Baiern anvertraut war, soll jetzt ein österreichisches Truppenkorps gelegt werden. — Die vermehrten Truppentransporte nach Italien lassen das Gerücht entstehen, daß in Sardinien Unruhen zu befürchten wären.

Großbritannien.

London, 18. Febr. [Auswärtige Politik. — Parlament.] Der „Globe" äußert sich heute über den französischen Protest gegen den Gesammteintritt Oesterreichs in den deutschen Bund, und meint, dieser Protest hätte den Fürsten Schwarzenberg veranlassen sollen, die österreichischen Staaten in Italien außerhalb des Bundes zu lassen, um so die Opposition gegen die Ausdehnung Oesterreichs im Süden zu neutralisiren. Aber statt dessen suche er nicht nur die Lombardei und Venedig mit Deutschland zu verbinden, sondern auch die Interessen von Mittel- und Süd-Italien mit den seinigen zu identifiziren, sowie Piemont zu isoliren, um es nachher den Chancen eines Krieges zu unterwerfen. Hätte Oesterreich Italien allein gelassen, so würde England im Uebrigen gegen den Bruch der Verträge von 1815 nicht remonstrirt haben, aber die statt dessen befolgte Politik mache es unmöglich, ruhig zuzusehen.

Nach erfolgter zweiter Fassung verschiedener Bills konstituirte sich das Unterhaus in seiner heutigen Sitzung zum Komitee, und der Schatzkanzler ergriff das Wort zur Erstattung des Finanzberichts. Er habe die Erneuerung der Einkommen-

steuer und der irischen Stempelabgabe für einen begrenzten Zeitraum zu beantragen, und fühle, dies sei diesmal eine schwerere Pflicht, als sonst. In den Ausgaben sei eine Ersparniß von 640,000 Pfd. erzielt, während die Einnahmen um 2,521,000 Pfd. gewachsen seien. Trotz der eingetretenen Ermäßigungen hätten hauptsächlich Zölle und Accise zu diesem erwünschten Resultate beigetragen. Die Einnahme belaufe sich zusammen auf 52,140,000 Pfd. Die Ausgabe sei ohne Verringerung der Kriegsmacht um 457,000 Pfd. verringert und ebenso sei durch Einlösung von Anuicitäten die Staatsschuld herabgegangen. Die ganze Ausgabe werde 50,247,171 Pfd. betragen, so daß 1,892,000 Pfd. übrig bleiben.

Frankreich.

× **Paris**, 18. Februar. [Tagesbericht.] Bei der feindseligen Stellung der Nationalversammlung zu der Exekutivgewalt betrachtet die letztere eine halbe Niederlage schon als einen Sieg. So sieht man es heute gewissermaßen als einen Erfolg für die Regierung an, daß auf die in den Abtheilungen bereits gewählten 20 Kommissäre zur Prüfung des Gemeinde-Gesetzes 9 gekommen sind, die sich für das Gesetz erklären. — Dieses Verhältniß läßt zwar bis jetzt noch die Majorität den Gegnern des Gesetzes, allein die Minorität ist stärker, als man vermuthet hat. Morgen werden noch 10 Mitglieder gewählt, und dies erst wird den Ausschlag geben. Bemerkenswerth ist jedenfalls, daß die stattgehabten Wahlen nur mit sehr schwacher Majorität vollzogen worden sind; die Versammlung war in den Abtheilungen in zwei gleiche Fraktionen getheilt. Man hofft demnach, daß in öffentlicher Sitzung das Gouvernement noch mehr Einfluß gewinnen und den Sieg davon tragen wird.

Neben diesem Gemeindegesetz beschäftigt man sich viel mit der Amnestiefrage. Nach den Mittheilungen mehrerer Journale hat die von dem Berge eingebrachte Proposition Chancen der Annahme, da sämmtliche Fraktionen der Linken dafür stimmen wollen. Dieselben Journale melden ferner von einer bei General Cavaignac stattgehabten Versammlung, in welcher sich selbst Herr Dufaure für die unumschränkte Amnestie erklärt haben soll. Ich glaube indeß, die Richtigkeit dieser Mittheilungen bestreiten zu können und zu behaupten, daß weder die Amnestie, noch die Proposition Creton eine Majorität in der Versammlung erlangen wird. — Auch das Gerücht scheint grundlos, daß der Präsident der Republik die Initiative ergreifen und eine allgemeine Amnestie vorschlagen will, von der nur die wegen entehrender Verbrechen Verurtheilten ausgenommen sein sollen.

Die auswärtige Frage, welche die politischen Kreise inmitten aller inneren Verwickelungen am meisten beschäftigt, das ist der Eintritt des Gesammt-Oesterreichs in den deutschen Bund. Frankreich glaubt hierin eine Gefahr für die eigene Zukunft zu sehen, und auch England scheint nicht geneigt, diesem Verlangen Oesterreichs nachzugeben. Frankreich und England stützen sich in ihrer Opposition darauf, daß die Grenzen des deutschen Bundes nicht durch die deutschen Staaten allein, sondern durch einen europäischen Vertrag bestimmt worden sind, und diese dürfen demnach nicht ohne die Zustimmung der Mitunterzeichner der Wiener Verträge erweitert werden.

Es ist vielfach von einem bereits erlassenen Proteste Frankreichs und Englands in dieser Angelegenheit gesprochen worden. Das Faktum selbst kann ich zwar nicht verbürgen, aber bei der Bewegung, welche diese Frage hervorruft, unterliegt es keinem Zweifel, daß die französischen Gesandten in Wien und Berlin jedenfalls Gegenvorstellungen bei den dortigen Höfen gemacht haben.

Spanien.

* **Madrid**, 13. Febr. [Die Debatte über die Kabinetsfrage] wurde in der heutigen Sitzung der Deputirten-Kammer fortgesetzt. Das Sonderbare in dieser Debatte ist, daß die Mitglieder des abgetretenen Kabinets, trotzdem sie die gegenwärtige Verwaltung auf das Heftigste angreifen, die Kabinetsfrage nicht zulassen wollen, und zu Gunsten des Ministeriums zu votiren erklären. Man legt dies dem Umstande bei, daß Herr Bravo Murillo zu verstehen gegeben, er werde zu einer Kammer-Auflösung schreiten, wenn er keine Majorität erhalte, die Deputirten aber die Chancen einer neuen Wahl nicht riskiren wollen. Sie werden demnach das Ministerium mit ihren Voten unterstützen, während sie es mit den Worten bekämpfen.

Bei Postschluß befindet sich der Minister-Präsident auf der Tribüne. Man erwartet noch heute den Schluß der Debatte.

Italien.

* **Turin**, 15. Febr. [Parlament. — Siccardi. — Oesterreichs feindliche Gesinnung. — Aus Mittel-Italien.] Die Diskussion über das Budget des Auswärtigen ist geschlossen. Es war eine heftige Debatte, die vier Tage gedauert hat. Die Regierungsvorlage ist angenommen worden.

Die Krankheit des Ministers Siccardi zieht sich in die Länge. Es heißt, daß er seine Demission zurückziehen und nach seiner Genesung das Portefeuille wieder übernehmen wird. Dies scheint jedoch nur ein allgemein gefühltes Verlangen zu sein.

Seit einiger Zeit führen die österreichischen Regierungsblätter eine heftige Polemik gegen die Politik des sardinischen Gouvernements, welches man anklagt, nicht aus Ueberzeugung liberal zu sein, sondern aus revolutionärem Vergnügen, aus Geschmack für Agitation. Diese Polemik ist recht begreiflich. Piemont genießt einer großen Freiheit und einer bewundernswerthen Ordnung. Ein solches Beispiel ist ansteckend und man kann in dieser Beziehung nur bemerken, daß Oesterreich und die andern italienischen Regierungen nicht verhindert sind, ein Gleiches zu thun! — Das Streben des hiesigen Gouvernements ist unter diesen Umständen äußerst schwierig. Während es von Oesterreich als revolutionär verschrien wird, klagt es die Opposition als reaktionär an.

Aus Mittel-Italien gehen fortwährend Nachrichten ein von Räuberäuen und Mordthaten; vom südlichen Italien nichts als Verurtheilungen.

In Rom fand am 7. eine Demonstration in den Straßen statt. Es war der Jahrestag der Republik.

In der Lombardei häufen sich die Klagen über das stets zunehmende Elend dieses einst so blühenden Landes. Es giebt dort keinen Reichen mehr. Selbst die vermögendsten Eigenthümer wissen sich keinen Rath mehr gegenüber den Steuern und Anleihen, die sich jeden Monat und jede Woche erneuen.

Genua, 12. Febr. [Die italienischen Flüchtlinge] leben hier in der steten Hoffnung, daß bald in Frankreich ein neuer Brand ausbreche, der ihrem Exil ein Ende mache. Unter diesen Flüchtlingen befinden sich übrigens wahre Ehrenmänner, als aus Sicilien Fürst Butera-Scordia, Minister der dortigen provisorischen Regierung, und Marchese Torrerssa, Präsident des sicilischen Unterhauses; aus Rom der Prälat Mizzorelli, Präsident des Senats daselbst; aus Neapel mehrere Obersten, die sich in Rom und Venedig auszeichneten; aus Parma der Graf Sanvitale, der mit Pellegrini und Maestri Mitglied der provisorischen Verwaltung daselbst war. Dieser sehr geachtete Mann war der erste Unterthan der Kaiserin Marie Louise, nämlich Gemahl ihrer Tochter, Gräfin Neipperg. Der jetzige Herzog von Parma hat dessen Güter eingezogen, er mußte hierher fliehen, und kann nur bisweilen sich des Besuchs seiner Familie erfreuen, da die Frau in Parma zu retten sucht, was zu retten ist. Uebrigens hat der sonst so rachsüchtige Herzog von Parma vor Kurzem einen Beweis von Gerechtigkeit gegeben, der ihm alle Ehre macht. Ein Graf Bertoli in Parma war, auf den durch einen andern Grafen Bertoli veranlaßten Verdacht mit den Ausgewanderten in Verbindung zu stehen, verhaftet und seine Papiere in Beschlag genommen. Nach acht Tagen tritt plötzlich der Herzog des Morgens sehr früh vor sein Bett in dem Kerker und sagt: ich bringe Ihnen selbst Ihre Befreiung, ich habe mich aus Ihren Papieren von Ihrer Unschuld überzeugt, besonders aus den Briefen Ihrer Nichten, denen ich sagen lasse, daß ich sehr wünsche, sie kennen zu lernen, so sehr habe ich sie aus ihren Briefen schätzen gelernt. Diese Damen sind die Töchter eines andern ebenfalls in Genua lebenden Grafen Sanvitale, welche hier beide Konsuln geheirathet haben. Dieser ebenfalls geflüchtete Graf Sanvitale ist jetzt Aufseher der hiesigen Stadtbibliothek, der Stiftung eines hiesigen reichen Grafen. Neben andern wissenschaftlichen Beschäftigungen hat dieser Gelehrte bedeutende Forschungen über den Magnetismus angestellt. Von den obenerwähnten Mitgliedern der provisorischen Regierung zu Genua ist der eine, Maestri, jetzt Senator in Turin, der andere, Pellegrini, Professor daselbst, und der Chef des Aufstandes in Piacenza ist Minister des öffentlichen Unterrichts. (A. Z.)

* **Rom**, 12. Febr. Mehrere Exdeputirte der konstituirenden römischen Versammlung sind von Sr. Heiligkeit dem Papste amnestirt worden. — Das Konkordat mit der spanischen Regierung wird fortwährend unterhandelt; wie man hört, hat man sich bereits über 20 Artikel desselben verständigt. Der neuestens eingetretene spanische Ministerwechsel dürfte fördernd auf diese Angelegenheit einwirken.

Sprechsaal.

Das Feuer-Sozietätswesen in Schlesien.

1. Die Ursachen der Unzufriedenheit mit der Provinzial-Land-Feuer-Sozietät.

In Nr. 40 dieser Zeitung ist bereits auf den traurigen Umschwung der Geschäfte dieser Sozietät in Kürze aufmerksam gemacht und bemerkt worden, wie hauptsächlich die vielen Brände und der massenhafte Austritt von Assoziaten die Schuld an der bedeutenden Steigerung der Beiträge tragen. Diese Steigerung der Beiträge ist nun zwar die hauptsächlichste Ursache der Unzufriedenheit, aber sie ist nicht die einzige. Eine andere Ursache ist die Eigenheit der Rustikalen, in allen Verhältnissen eine Bevorzugung der Dominialbesitzer zu suchen und wie auch hier zu finden. Aus den Statuten mehrerer Rustikal-Feuer-Sozietäten scheint wenigstens hervorzugehen, was mir auch sonst schon aufgefallen war, daß sich die Meinung festgesetzt hat, die Dominien wären dadurch bevorzugt, daß sie pro Hundert der Versicherungs-Summe weniger zahlen, als die meisten Rustikalen und es wäre die Sozietät auch nur dazu gegründet worden, um den Dominialbesitzern zu neuen Gebäuden zu verhelfen, wenn sie abbrennen, welche mit dem Gelde der Bauern aufgeführt wären.

So widersinnig diese Meinung auch ist, so hat sie doch tiefe Wurzel gefaßt und dies um so mehr, als die Provinzial-Land-Feuer-Sozietät von Anfang an von den Rustikalen mit Mißtrauen betrachtet worden ist und dieselben wohl nur zu einem geringen Theile beigetreten wären, wenn sie eine andere Wahl gehabt hätten, nachdem durch das Reglement vom 6. Mai 1842 die andern Sozietäten der Provinz, sowie die Kreishülfe aufgehoben worden war.

Dieses Mißtrauen hatte aber doch die Folge, daß sehr Viele nur niedrig versicherten, um so wenig Beiträge als möglich zu zahlen. Traf dann einen Solchen Brandunglück, so reichte natürlich auch der Bonifikationsbetrag bei weitem nicht zum Wiederaufbau aus, es mußten Schulden gemacht oder der Brandfleck verkauft werden; die Schuld davon wurde aber der Sozietät zugeschrieben und das ihnen eingebildetermaßen widerfahrene Unrecht erschien den Betroffenen um so größer, wenn der Brandschaden nur ein partieller war und die Bonifikation umsoweniger mit den bereits durch einige Jahre gezahlten Beiträgen im Verhältniß stand.

Hierdurch fühlte sich mancher veranlaßt, mit seinen neu aufgeführten Gebäuden einer andern Sozietät anzuschließen und dies wurde wieder Veranlassung zur Unzufriedenheit der in der Sozietät Gebliebenen, welche es nicht in der Ordnung fanden, daß Einer, der mit Hilfe ihrer Beiträge aufgebaut hatte, das Recht haben sollte, seine Gebäude zu versichern, wo er wollte.

Brannte ein Dominialgehöfte ab und der Besitzer baute es massiv, während es vorher nicht durchgängig massiv war, so schien den Rustikalen die oben erwähnte Bevorzugung auf der Hand zu liegen. Freilich bedachten sie nicht, daß der Gutsbesitzer auch mehr Mittel verwenden mußte, als ihm die Bonifikation gewährte und daß die verhältnißmäßig geringeren Beiträge durch die meist isolirte Lage der Dominialgehöfte (nach den Grundsätzen des Reglements) und durch die wenigstens theilweise bessere Bauart gerechtfertigt war.

Daß die Beitragspflicht aber nach dem Brande verhältnißmäßig noch geringer als die vor dem Brande wurde, rechtfertigte sich ebenfalls durch die mehr feuersichere Bauart.

Keine dieser Betrachtungen ist zwar stichhaltig, aber sie schienen den Unzufriedenen triftig genug, um das Ausscheiden ganzer Gemeinden und das Gründen kleiner Sozietäten, von denen die Dominien ausgeschlossen bleiben sollten und in denen auf möglichste Ersparung der Verwaltungskosten geachtet werden sollte, zu rechtfertigen.

Die Folgen davon konnten für die Provinzial-Land-Feuer-Sozietät nur sehr schädliche sein, besonders da sie gerade in Jahrgänge fielen, die ohnedies durch Brände drückend wurden, und diese Folgen sind neben dem verhältnißmäßigen Steigen der Verwaltungskosten, die bis zum wirklichen Drucke erhöhten Beiträge derjenigen, die bei der Sozietät ausgehalten haben und die jetzt mit Recht unzufrieden mit einer Einrichtung geworden sind, die ihnen keine Vortheile mehr gewährt, die sie im Gegentheil von Jahr zu Jahr mit einer schwereren Bürde belastet. Wird hier nicht gründlich durch Abstellung wirklicher Mängel geholfen, so muß dies wohlthätige Institut zum Nachtheile der ganzen Provinz seinem Ruin entgegen gehen.

Wie die kleineren Sozietäten den Mängeln abhelfen wollen und ob ihr Weg dazu der richtige ist, welches die abzustellenden wirklichen Mängel des Reglements sein möchten und worauf bei Abstellung dieser Mängel zu sehen sein dürfte, darüber werde ich mir erlauben, später meine Ansicht auszusprechen. P.

Provinzial-Zeitung.

* **Breslau**, 21. Febr. Von dem 11. Regiment, welches, wie bekannt, die hiesige Stadt verläßt, kommt das 1ste und 4te Bataillon (zusammengesetzt aus den Stammkompagnien) nach Posen, das 2te Bataillon nach Krotoschin und das 3te nach Rawitsch.

§ **Breslau**, 21. Febr. [Militärisches.] Heute trafen die Reserven des 38. Infanterie-Regiments, aus ihren Ganisonstädten am Rheine kommend, hier ein, um nächstens in die Heimath entlassen zu werden. — Künftigen Montag wird das 2. Bataillon des 11. Regiments aus Brieg erwartet, der Ausmarsch des ganzen Regiments soll dann Mittwoch früh erfolgen.

§ **Breslau**, 21. Februar. [Verein zur Hebung des kleinen Gewerbestandes.] Die zweite General-Versammlung hat vorgestern Abend unter dem Vorsitze des Hrn. Jankowski stattgefunden. Aus den Mittheilungen des früheren Vereins-Präsidenten geht hervor, daß das Vermögen des Vereins mit Einschluß der zahlreichen Darlehne, welche die Kasse ausgegeben, in 1975 Thlrn. bestehe, die Mitgliederzahl beläuft sich ungefähr auf 250. Um die angebahnte Reorganisation möglichst schnell ins Leben treten zu lassen, ward dem früheren Vorsteher Hrn. Reichelt die Decharge ertheilt unter Vorbehalt der späterhin sich als nothwendig erweisenden Recherchen in Betreff der Rechnungsbeläge.

Herr Stadtgerichtsrath Pflücker trug die Grundzüge eines von ihm gefertigten Statuten-Entwurfes vor. Nach diesem sollen fortan nur Handwerker Darlehne erhalten, damit die Arbeit durch zinsfreie Vorschüsse gehoben werde. Es fallen daher die bis jetzt üblich gewesenen Zinsen mit 3 Pf. pr. Thaler weg, die Mitgliedsbeiträge werden herabgesetzt. Zur Sicherstellung der ausgeliehenen Kapitalien stellt jeder Empfänger einen Sola-Wechsel aus, bei gerichtlichen Exekutionen wird mit möglichster Schonung verfahren werden. — Ein Theil des Stammkapitals soll verzinslich angelegt, die Zahl der Ehrenmitglieder vermindert und die Unterstützung hilfsbedürftiger Handwerker durch Gegenseitigkeit angebahnt werden. Dem Vorstande, welcher aus dem Vorsitzenden, dem Sekretär und dem Ausschuß zusammengesetzt ist, steht ein kontrolirender Ausschuß zur Seite. Gleichzeitig mit der schleunigen Einziehung der noch nicht abgeführten Darlehne, wird von den Mitgliedern die Erklärung gefordert werden, ob sie in dem Vereine fernerhin bleiben. Binnen 4 Wochen soll die definitive Reorganisation des Vereins erfolgen.

Die Vernachläßigung der materiellen Interessen während der abgelaufenen Verwaltungsperiode hat sich schon jetzt auf das unzweideutigste herausgestellt, zwei Mitglieder, deren Thätigkeit am meisten verdächtig erschien, wurden von der Versammlung ausgeschlossen. Mit Rücksicht auf die ferneren Ergebnisse der von einer in voriger Sitzung ernannten Kommission vorzunehmenden Prüfung wird die weitere Purifikation des Vereins vor sich gehen.

† **Breslau**, 21. Febr. Bei Gelegenheit einer in diesen Tagen bei hiesigen Fleischern vorgenommenen polizeilichen Revision fand sich, daß sechs derselben, auf eine das Publikum hintergehende Weise eiserne Ringe, Schlüssel, starken eisernen Drath, auch Fettstücke an die Waagschale, worin das Fleisch gewogen wird, befestigt und dadurch den Käufer bevortheilt hatten. Auch wurden bei anderen Fleischern Gewichte von $\frac{1}{2}$ bis 3 Pfd. um $\frac{3}{8}$ bis $4\frac{1}{2}$ Loth zu leicht gefunden.

§ **Breslau**, 21. Febr. [Zur Londoner Industrie-Ausstellung] hat der Oberlehrer am reformirten Gymnasium, Hr. Gläser, das Modell eines antiken griechischen Theaters eingeschickt. Es ist unter Benutzung der neuesten Forschungen auf dem Gebiete der klassischen Alterthümer vom Einsender selbst gefertigt worden. Wir hatten früher einmal Gelegenheit, das seltene Kunstwerk in Augenschein zu nehmen und glauben darin das treue Ebenbild eines griechischen Volkstheaters, wie es zur Blüthezeit der dramatischen Poesie in Griechenland bestand, gefunden zu haben. An dem Modelle sind hie und da Erläuterungen angebracht, die jedoch den Eindruck des Ganzen nicht stören. — Der bis in seine kleinsten Theile mit künstlerischem Fleiße ausgeführte Bau ist das Werk mehrjähriger Studien und dürfte in London wohl keine Konkurrenz zu befürchten haben.

§ **Breslau**, 21. Febr. [4. Schwurgerichtssitzung.] 1. Untersuchung wider den Haupt-Steuer-Amts-Rendanten Samuel Berger, wegen Veruntreuung königl. Kassengelder.

Staats-Anwalt: Assessor Hoffmann.

Vertheidiger: R. A. Krug.

Anklage: Samuel Ludwig Benjamin Berger, 55 Jahre alt, evangelisch, seit dem Jahre 1839 bei dem königl. Hauptsteueramte hierselbst als Rendant angestellt, Inhaber der Kriegsdenkmünze und bisher unbescholten, ist jetzt beschuldigt und geständig, Veruntreuungen bei Verwaltung der ihm anvertrauten Kassen verübt zu haben.

Der Betrag seiner Defekte, von denen der erste bei Gelegenheit einer am 15. Mai 1850 abgehaltenen Revision in Höhe von 4280 Rtl. entdeckt wurde, ist durch die Beschlüsse der vorgesetzten Dienstbehörde des Berger, des königl. Provinzial-Steuer-Direktoriums hierselbst: a) am 4. Juni 1850 auf 4280 Rtl., b) am 11. Juni auf 1894 Rtl. 11 Sgr. 6 Pf. und 30 Rtl. 13 Sgr. 4 Pf., c) am 5. August 1851 auf 188 Rtl. 22 Sgr. 2 Pf. und nach Abrechnung eines Plus von 6 Rtl. 4 Sgr. 7 Pf. auf 6387 Rtl. 12 Sgr. 5 Pf. festgestellt worden. In den Beschlüssen selbst sind die Defekte näher spezifizirt. Berger hat wiederholt die Defekte ad a. und b vollständig, von dem sub c. angegebenen Betrage den größeren Theil als Defekt anerkannt.

Bezüglich der von ihm anerkannten Defekte hat Berger wiederholt zugestanden, daß er deren Gesammtsumme von 6289 Rtl. 8 Sgr. 11 Pf. in seinen Nutzen verwendet, ferner zugestanden, daß er um den allmälig entstandenen Defekt zu verbergen, eingegangene Gelder nicht gebucht, sogenannte Kredit-Anerkenntnisse der Gewerbtreibenden nach Tilgung der Schuld den Zahlenden nicht sofort zurückgegeben, sondern weiter als Beläge über ausstehende Posten benutzt, und auch am 15. Mai 1850 eine Quittung über 4280 Rtl. als gezahlt auf den Bankgerechtigkeits-Amortisations-Fonds, als Ausgabebelag produzirt hat, während die Zahlung noch nicht geleistet war.

Durch die von dem Angeklagten vor seinem Amtsantritte erlegte Kaution von 3000 Rtl. ist nur ein Theil der unterschlagenen Summen gedeckt. Die Anklage ist daher auf Grund der §§ 419, 420, 422, 333 Tit. 20 Theil II. A. L. R. und § 423 a. a. O. erhoben worden.

Bei der heutigen Vernehmung wiederholt der Angeschuldigte sei früheres Geständniß; die Mitwirkung der ausgeloosten Geschworenen fällt weg. Nachdem die Staatsanwaltschaft und Vertheidigung ihre Plädoyers zu Ende geführt haben, erkennt der Gerichtshof gegen den Angeklagten: eine 3jährige Festungsstrafe unter Anrechnung 6monatlicher Untersuchungshaft, Verlust der Nationalkokarde und der Kriegsdenkmünze, Unfähigkeitserklärung zur Bekleidung von Aemtern und vollständige Ausgleichung der Defektssumme, die im Unvermögensfalle mit 1jähriger Festungsstrafe abzubüßen ist.

2. Untersuchung wider den Handelsmann Ernst Gottfried Heinze, wegen zweiten gewaltsamen Diebstahls und Bettelei.

St.-Anwalt: Assessor Schröter.

Vertheidiger: R. A. Fischer.

Geschworene: Schöngarth, Landeck, Bleyer, v. Reinersdorf-Paczenski, v. Böhm, Hiller, David, Dabisch, Radicke, Lahn, Schirdewan, Woywode.

Anklage: Am 23. Mai v. J. wurden aus der gewaltsam erbrochenen Wohnung der Kirchner'schen Eheleute aus Kl. Sirding eine Partie Sachen im Werthe von circa 25 Thalern entwendet; die Sachen haben sich später gefunden, nachdem die beiden Diebe verfolgt und einer derselben eingeholt und verhaftet worden war. Angeklagter Heinze, 33 Jahre alt, evangelisch und vielfach bestraft, erklärt sich für nicht schuldig; er wird jedoch von den zahlreichen Belastungszeugen mehr oder minder bestimmt rekognoszirt. Die Geschworenen sprechen einstimmig das „Schuldig" aus und der Gerichtshof verurtheilt den Angeklagten wegen zweiten gewaltsamen und zugleich dritten Diebstahls unter erschwerenden Umständen zu 15 Jahren Zuchthaus und demnächstiger Detention und Stellung unter polizeiliche Aufsicht für dieselbe Zeitdauer.

□ **Ratibor**, 20. Februar. [Tagesbericht.] Der Gerichtshof des diesmaligen Schwurgerichts, das heute begonnen hat, ist zusammengesetzt aus dem Vorsitzenden Appellations-Rath v. Glahn und den Assessoren: Baron Gruttschreiber, Plate, Purrmann und Werner. Vom 1. März ab werden die Assessoren v. Damnitz und Kneusel an die Stelle der Assessoren Purrmann und Werner treten.

Bei der heute stattgehabten Wahl eines Abgeordneten für die erste Kammer, — Prof. Dr. Kuh war nämlich bei der Mobilmachung ausgeschieden, — wurde v. Blumenkron auf Pilgersdorf gewählt.

In dem $1\frac{1}{2}$ Meile von hier entfernten Gr.-Peterwitz brannten gestern Abend 14 Stellen ab und hatte das Feuer, dessen Entstehungsgrund zur Zeit nicht bekannt ist, so rasch um sich gegriffen, daß einige Pferde und mehrere Stück Kühe verbrannten.

Bei Hotzenplotz, erzählt man sich, sei ein österreichischer Gensdarm von 6 Paschern getödtet worden. Tüchtig muß er sich übrigens gewehrt haben, da 3 der Pascher stark verwundet sind.

Der hiesige Handwerkerverein, für dessen Fortbestehen sich 18 Zünfte erklärt haben, wählte die frühern Vorstandsmitglieder: Maler Hauck, Vorsitzender, Tischlermeister Barth, Stellvertreter, Schneidermeister Neumann, Rendant, und Sattlermeister Arnold, Schriftführer, au's Neue und hat in der gestrigen Sitzung der Comité-Mitglieder den Plan zu seiner Reorganisirung festgestellt.

Die Beschwerden, die beim hiesigen Gewerberath eingehen, sind meist gegen unbefugtes Gewerbe gerichtet. Gegen Einführung eines zweiten Wochenmarkttages haben Handwerker protestirt und durch Gründe unterstützt. Nach allem Anschein wird der Protest von Erfolg sein.

Oppeln. Der Domherr, Erzpriester und Stadtpfarrer Heide in Ratibor, hat das seither verwaltete Amt eines Schulen-Inspektors im Ratiborer Kreise frei resignirt, und ist an dessen Stelle der Pfarrer Poppeck zu Altendorf zum Schulen-Inspektor genannten Kreises ernannt worden. — In Stelle des ausgeschiedenen Rathsherrn Frank zu Ratibor ist der frühere Stadtverordnete, Kaufmann Pyrkosch, getreten, und zu Patschkau ist dem ausgeschiedenen Rathmanne Menzel der Titel eines Stadt-Aeltesten verliehen worden.

Mannigfaltiges.

— Berlin, 20. Febr. Die königl. Akademie der Wissenschaften besorgt bekanntlich die Herausgabe der Werke Friedrich des Großen; es ist nunmehr der 16. Band erschienen.

— Zu dem heut veranstalteten Konzert (arrangirt von E. Kossak, dem Herausgeber der Musikzeitung „Echo") zum Besten der Hinterbliebenen Lortzings waren bereits gestern alle Billets vergeben. Der Preis derselben (2 Thlr.) ist für hiesige Verhältnisse ein sehr hoher. — An den Fenstern der Kunstläden bemerkt man ein sehr gelungenes bei L. Lassar erschienenes Porträt von Lortzing. (C. B.)

— Am 10. d. M. wurde von einigen Chaussee-Arbeitern in der zum Dorfe Neuendorf gehörenden Kiefern-Schonung, ¼ Meile von der Stadt Beeskow, ein unbekannter, männlicher Leichnam ganz nackt und ohne Kopf gefunden. Bei näherer Besichtigung fand sich, daß der Verstorbene durch mehrere Dolchstiche in der linken Seite ermordet worden; den fehlenden Kopf fand man etwa 60 Schritte von der Stelle, wo der Leichnam lag, in der Erde verscharrt. Außerdem wurden an verschiedenen Punkten in der Nähe folgende Gegenstände ausgegraben: ein doppelläufiges noch halb geladenes Terzerol, ein Dolch, neun Schlüssel (Dietriche) und eine Quantität Schießpulver und Schrot. Der Leichnam war noch gut erhalten, der verscharrte Kopf dagegen bereits bis zur Unkenntlichkeit der Gesichtszüge verwest. Bei der gerichtlichen Obduktion zeigte sich, daß der Ermordete ein Jude gewesen. Ueber die Person desselben und seines Mörders ist bisher nichts ermittelt. Merkwürdiger Weise wurden kurz vor Weihnachten in einem Graben der Stadt Beeskow mehrere männliche Kleidungsstücke und in der Stadt selbst in einem Straßenwinkel ein tuchener Paletot gefunden, deren Eigenthümer sich ungeachtet des öffentlichen Aufrufs nicht meldete. Man vermuthet, daß dies die Kleidung des Ermordeten sei. (C.C.)

— (Eine soziale Revolution in Köln.) Am 17. hat in Köln die große sociale Revolution begonnen. Die angesehensten Bankhäuser haben erklärt, daß sie ununterbrochene Büreaustunden bis 5 Uhr einführen wollten, und gegen 300 meist kaufmännische Häuser haben sich anheischig gemacht, versuchsweise auf 6 Monate die Mahlzeit auf 5 Uhr zu verlegen. Diese Einrichtung, wodurch unter anderm das Essen kurz vor Schlafenszeit wegfällt, ist offenbar gesunder und vernünftiger. Aber Alle, von denen Chamisso singt: „Der Zopf, der hängt ihm hinten", sind über diese unschuldige Neuerung in eine wahrhaft fanatische Wuth ausgebrochen. Sie versichern zornschnaubend, daß es eine Sünde und Schande für diese alte ehrwürdige Stadt sei, daß hier von Franzosenaffen Gottes heilige Weltordnung umgestoßen werden solle. Unter Gottes Weltordnung verstehen sie nämlich Frühstück (mit Kaffee und Zucker), Mittagessen und Abendbrod, in welcher sie eine Art Trinität erblicken, die nach ihnen seit Jahrtausenden, seit der Schöpfung der Welt eingeführt ist. Die guten Leute sind so wenig erfahren und bewandert in der Geschichte, nicht einmal zu wissen, daß, von England, Amerika u. s. w. zu schweigen, die alte Gewohnheit der Jahrtausende eben diese einmalige Hauptmahlzeit, die Coena der Römer ist, die ungefähr um 5 Uhr gehalten wurde. Selbst noch im Mittelalter pflegte lange Zeit nicht später als 5 Uhr Nachmittags die letzte Mahlzeit gehalten zu werden, und dieses stadtkölnische Mittagsessen um 12, 1 und 2 Uhr Nachmittags ist nichts als eine höchst verkehrte und verwerfliche Neuerung. Der Streit ist aufs Heftigste entbrannt und wird in allen Häusern geführt; Bruder steht gegen Bruder, Mann gegen Frau, die Dienstboten gegen die Herrschaft, und die Aufregung ist so groß, daß am Ende noch zur Sicherheit Köln in Belagerungszustand erklärt werden muß.

— (London.) Die Subskription für die Saisoneinlaßkarten zur Londoner Ausstellung ist bereits eröffnet, und soll schon über 30,000 Subskribenten zählen. Der erste Abonnent war Prinz Albert, welcher ein Herrenbillet (3 Pfd. St. 3 Sch.) für sich und ein Damenbillet (2 Pfd. St. 2 Sch.) für die Königin löste. Unter den ersten Gegenständen, welche am 15. Febr. in das Gebäude geschafft wurden, befand sich der in München aus Bronce gegossene englische Löwe. Er ist 12 Fuß hoch, 15 Fuß lang, 5 Fuß breit und wiegt beinahe 100 Ctnr. Die Abtheilungen für das Ausland sind so weit im fertigen Zustande, daß die Schlüssel zu denselben schon den hiesigen Bevollmächtigten übergeben werden konnten. In einer zu New-York eingerichteten „Ausstellungslotterie" ist der Haupttreffer: freie Hin- und Rückreise nach England und 100 Doll. zur Bestreitung der Aufenthaltskosten. Die erste Inschrift prangt seit gestern am Gebäude. Sie charakterisirt den Engländer und sagt in sieben Sprachen: „Tabakrauchen ist hier verboten."

— (Ragatz, 16. Febr.) In Folge eines Großrathsbeschlusses wurde eine neue Quelle des berühmten Pfäfferser Heilwassers, welche in der Minute 260 Maß Wasser liefert und bisher immer nutzlos in die Tamina verlaufen mußte, gefaßt. Mit dem Frühjahr soll nun die Aufstauchung beginnen. Gelingt diese, wie kaum zu bezweifeln ist, so wird nach Ragatz ein solches Quantum Wasser fließen, daß es zur Gründung des größten Kurortes ausreichen würde, gleich Baden im Aargau, oder Baden-Baden, Wildbad ꝛc. (St. Gall. B.)

— * (Wien, 20. Februar.) Der Verbrauch an Briefmarken in Wien beträgt monatlich im Durchschnitte 35000 Fl. Die Korrespondenz nach entfernteren Orten ist bei weitem lebhafter als in der nächsten Umgebung.

— (Radowitz ein Magyar.) Radowitz hat, wie wir im Magyar Hirlap lesen, aus London einen lateinischen Brief an den Advokaten und Geologen, Stephan Toth, in Steinamanger geschickt, worin er diesen auffordert, ihm seine Familien-Dokumente zu suchen und seinen Stammbaum anzufertigen; unter Anderem schreibt Radowitz in diesem Brief: Halten Sie mich nicht für einen Slaven (cave autem, ne me slavum esse credas), denn mein Großvater Demetrius Radótzi hat erst im Jahre 1753 seinen Wohnort von Ungarn nach Wien verlegt u. s. w. Sein Vater, schreibt der General habe noch magyarisch gesprochen. Das Magyar Hirlap begrüßt diesen rückkehrenden Sohn Ungarns mit großer Freude. (Lloyd.)

Handel, Gewerbe und Ackerbau.

§ **Breslau**, 21. Februar. [Kaufmännischer Verein.] In der gestrigen Versammlung hielt Herr Dr. Marbach einen Vortrag über den elektro-magnetischen Telegraphen. Nach einer kurzen wissenschaftlichen Darlegung über die Kraft und Wirksamkeit des Elektro-Magnetismus zeigte der Redner die Modelle eines Zeiger- und eines Schreib-Telegraphen. Die angestellten Versuche lieferten zugleich ein deutliches Bild von der innern Konstruktion dieser beiden Modelle deren kleinste Theile dadurch dem zahlreichen Publikum veranschaulicht wurden. Auch die verschiedenen Systeme der galvano-elektrischen Säulen wurden den Zuhörern durch Experimente erläutert. Der Präsident des Vereines, Herr Kaufmann Hammer, votirte dem Redner am Schlusse seines Vortrages den Dank der Versammlung.

Für die nächsten 14 Tage ernannte die Versammlung die Herren Liebich, Weber, Herlth und Siering zur Beaufsichtigung der Lehrstunden. — Der Neugebauersche Antrag auf Errichtung einer Unterstützungskasse für verarmte Kaufleute wurde vertagt.

* **Wien**, 20. Februar. Bei der heutigen letzten Versammlung des Zoll-Kongresses wurde beschlossen, den Zoll für gefrischtes Eisen in der Einfuhr über die Grenzen gegen die See und die fremden italienischen Staaten von 3 Fl. auf 3 Fl. 30 Kr. zu erhöhen, den Zoll von gedruckten Shawltüchern, Mantelets und Echarpes auf 250 Fl. in der Einfuhr festzusetzen, und bezüglich der der Hadernausfuhr- und der Papiereinfuhr-Zölle der Kommission die Ausmittelung der Ziffern zu überlassen. — Nach Ablauf von zwei Monaten, vom Tage der allerh. Genehmigung gerechnet, sollen alle im Tarif festgesetzten Erleichterungen bezüglich der Roh- und Fabrikationsstoffe in Wirksamkeit treten, ohne jedoch daß die fremden Waaren auch nach dem neuen Tarifsatz eingeführt werden dürfen, so zwar, daß erst nach vier Monaten der Zolltarif in seiner vollen Ausdehnung in Wirksamkeit zu treten habe. Se. Excell. der Herr Handels-Minister beschloß den Kongreß mit einer Ansprache, welche der Herr Abgeordnete Graf Dessewffy erwiderte.

Inserate.

Bekanntmachung.

Die jetzt zwischen Frankenstein und Silberberg täglich kursirende Personenpost wird vom 1. März d. J. ab in eine nur zur Korrespondenz-, Geld- und Packet-Beförderung bestimmte Kariol-Post verwandelt werden und somit die Beförderung von Personen ausgeschlossen bleiben. Im Gange der Post tritt übrigens keine Aenderung ein.

Breslau, den 20. Februar 1851.

Der Ober-Post-Direktor Kaempffer.

Bekanntmachung.

In Bezugnahme auf unsere Bekanntmachung vom 29. Januar 1849 bringen wir zur Kenntniß der Betheiligten, daß von dem Gemeinderathe folgende Damm-Deputirte gewählt worden sind, welche mit den Bau-Inspektoren in den nachstehenden Bezirken die Oder- und Ohlau-Dämme zu beaufsichtigen und bei Hochwässern die Sicherungs-Arbeiten zu leiten haben.

I. Rechtes Oder-Ufer: Herr Bau-Inspektor Deycks.

1) Ufergasse 1 bis 45:
Herr Töpfermeister Schilling.
Herr Hausbesitzer Husse.

2) Ufergasse 45 bis zum Strauchwehr und von diesem bis zum Fürstenstege:
Herr Partikulier Niebelschütz.
Herr Bezirks-Vorsteher Kretschmer.

3) Vom Fürstenstege bis zur Scheitniger-Barriere:
Herr Kaufmann Karl Ertel.
Herr Gastwirth Tripke.

4) Von der Scheitniger-Barriere bis zum Kommunikations-Damm:
Herr Cafetier Seidel.

5) Der Kommunikations-Damm:
Herr Cafetier Schneider.
Herr Gastwirth Riedel.

6) Der Lehmdamm:
Herr Universitäts-Sekretär Nadbyl.
Herr Glasermeister Schmidt.

7) Der Elbing-Damm bis zur Bettelbrücke:
Herr Wachstuch-Fabrikant Beck.
Herr Wachsbleicher Hoffmann.

8) Der Schäferdamm und der Damm vom Schießwerder bis zur Salzgasse:
Herr Kaufmann Hetzold.
Herr Maurermeister Roth.
Herr Kaufmann und Bezirks-Vorsteher Helm.

9) Das Ufer zwischen der langen Oder- und der Vordom-Brücke:
Herr Uhrmacher Pohl.
Herr Holzhändler Richter.

II. Linkes Oder-Ufer und Ohlau-Dämme:
Herr Bau-Inspektor Lutz.

1) Die Morgenauer-Dämme und der Weidendamm:
Herr Kalkbrennerei-Besitzer Strauß.
Herr Cafetier Bubeck.

2) Von der Ohlauer-Barriere bis zur Margarethen-Mühle:
Herr Gastwirth Rabe.
Herr Erbsaß Hurtig.

3) Von der Margarethen-Mühle bis zur Holzhäusel-Brücke:
Herr Erbsaß Bober.
Herr Bezirks-Vorsteher Wiesner.
Herr Branntweinbrenner Paulus.

4) Von der Holzhäusel-Brücke bis zur Heinersdorfschen Besitzung:
Herr Zimmermittels-Aelteste Morawe.
Herr Färberei-Besitzer Kny.

5) Von der Heinersdorfschen Besitzung bis zum Militär-Begräbniß-Platz:
Herr Rathsmaurermeister Winckler.
Herr Erbsaß Giese.

Breslau, den 15. Februar 1851.

Der Magistrat hiesiger Haupt- und Residenzstadt.

Theater-Repertoire.

Sonnabend den 22. Febr. 47ste Vorstellung des ersten Abonnements von 70 Vorstellungen. Zum 4ten Male: **„Die Großfürstin“**, oder: **„Sophia Katharina.“** Romantisch-komische Oper mit Tanz in 2 Abtheilungen und 4 Akten von Charlotte Birch-Pfeiffer, Musik von F. v. Flotow.

Sonntag den 23. Febr. 48ste Vorstellung des ersten Abonnements von 70 Vorstellungen. Zum 4ten Male: **„Bajazzo und seine Familie.“** Drama in 5 Akten, frei nach dem Französischen von H. Marr.

Dinstag den 25. Februar. Bei aufgehobenem Abonnement. **Zum Benefiz des Verfassers.** Zum ersten Male: **„Weiberlist oder: Die Schule der Männer.“** Posse mit Gesang und Tanz in drei Akten und einem Vorspiele von J. Lasker. Musik komponirt und arrangirt von Unverricht, Mitglied der Breslauer Theater-Kapelle.

H. 23. II. 12. Stf. F. u. T. □ I.

Verbindungs-Anzeige.

Statt jeder besonderen Meldung zeigen wir unsere heut vollzogene eheliche Verbindung Verwandten und Freunden hiermit an.

Breslau, den 20. Februar 1851.

Dr. M. F. Wocke.
Henriette Wocke, geb. Dittmann.

Entbindungs-Anzeige.

Die heute Morgen 3 Uhr erfolgte glückliche Entbindung seiner geliebten Frau von einem gesunden Knaben, zeigt Verwandten und Freunden, statt jeder besonderen Meldung, ergebenst an:

Louis Mamroth.

Breslau, den 21. Februar 1851.

Todes-Anzeige.

Heute früh 1 Uhr starb unsere unvergeßliche, innigstgeliebte Mutter, Schwiegermutter und Großmutter, Marie, verwittwete Winkler, geborne Rose. Tiefbetrübt zeigen dies lieben Freunden, statt besonderer Meldung, an:

Louise Schmidt, geb. Winkler.
Schmidt, Kreis-Sekretär.
Bruno Schmidt.

Steinau, den 21. Februar 1851.

Todes-Anzeige.

Heute Nacht um 11 Uhr entschlief sanft meine gute Frau Rosalie, geborene Correnz, nach langen schweren Leiden am Lungenschlage. Mit mir beweinen vier noch nicht erzogene Kinder ihren zu frühen Tod. Tief gebeugt zeige ich dies, statt besonderer Meldung, um stille Theilnahme bittend, ergebenst an.

Camenz, den 19. Februar 1851.

Hasenbach,
königl. prinzl. Ober-Förster.

Section für Obst- und Garten-Cultur.

Behufs weiterer Verbreitung der Obstsorten und Gemüse ist es nöthig, dass diejenigen Mitglieder, welche in den Jahren 1848 und 1849 Pfropfreiser oder Sämereien von der Section erhalten haben, sowohl Reiser als Samen wieder abgeben. Es wird daher das Gesuch gestellt, diese Gegenstände an den Unterzeichneten baldigst gelangen zu lassen.

Nadbyl, z. Z. Secret. d. Sect.

Donnerstag, den 27. Februar:

Grosses Concert
des academ. Musik-Vereins
in der mit Dielen belegten Aula Leopoldina
zum Besten
seines zeitigen Dirigenten des Hrn. stud.
Julius Dittrich.

Unter gütiger Mitwirkung des Fräul. Babnigg.
Zur Aufführung kommt unter Anderm:
Die Wüste von Felicien David.

Billets à 20 Sgr. und à 15 Sgr. sind in den Musikalienhandlungen von Leuckart, Scheffler und Schuhmann, und an der Kasse à 1 Rtl. und à 20 Sgr. zu haben.

Die Vorsteher des academischen Musikvereins.
E. Grosser. A. Gramsch.

Ziehung am 28. Februar 1851
in Karlsruhe
des großherzogl. badischen Staats-Anlehens.

Gewinne: 50,000 Gulden, 15,000 Gulden, 5000 Gulden, 4 à 2000 Gulden, 13 mal 1000 Gulden, ꝛc. ꝛc. Niedrigster Gewinn 42 Gulden. Aktien für diese Ziehung à 1 preußischen Thaler empfiehlt das unterzeichnete Handlungshaus. Verloosungs-Plan so wie s. Z. die amtliche Ziehungs-Liste gratis.

Moritz Stiebel Söhne, Banquiers in Frankfurt a. M.

Ein Wirthschaftsbeamter

oder Rechnungsführer, der durch Militärverhältnisse vacant geworden, mit guten Zeugnissen versehen, auch polnisch spricht, verheirathet aber kinderlos, wünscht bald oder zum 1. April eine Stellung. — Geneigte Offerten werden unter Chiffre F. A. poste restante Proskau, Kreis Oppeln, erbeten.

Einen gebrauchten Spazierwagen verkauft **S. Löwenthal**, gold. Radegasse 26.

Bei **Aug. Schulz u. Comp.** in **Breslau** (Altbüsserstraße Nr. 10) ist zu haben;

Geschichte der Stadt Breslau,

vollständig, neu bearbeitet und bis zum Jahre 1831 fortgeführt.

31 Bogen in 8. Mit vielen Kupfern. Preis 1 Thlr. 10 Sgr.

Welchem Gebildeten dürfte es wohl nicht wissenswerth erscheinen, von dem Orte, von dem er ins Leben und später in einen, seinen Wohlstand begründenden Wirkungskreis trat, mehr zu erfahren, als er selbst erlebte, geistig die verschiedenen Kulturgrade mit zu durchwandern, wonach seine Vaterstadt von dem rohesten Zustande in die Reihe der ersten Städte Europas trat. Wem dürfte es wohl nicht von Interesse sein, mehr von Breslaus zahlreichen Alterthümern kennen zu lernen, als ihm die bloße Beschauung lehrt, eine ruhmwürdig tapfere Ahnenreihe sich vorübergeführt zu sehen, in Erfahrung zu bringen, wie sich die Ausbildung der verschiedenen Stände der Bewohner der Hauptstadt Schlesiens zu der jetzigen Höhe schwang, wie diese nach wechselnder Oberherrschaft endlich unter Preußens beglückendes Scepter kam.

In der Albert A. Wenediktschen Buchhandlung in Wien ist erschienen und in **Breslau** bei **Graß, Barth u. Comp.**, Herrenstraße Nr. 20, zu haben:

Ein unentbehrliches Buch für Jedermann, unter dem Titel:

Universal-Wortgrübler,

oder neuestes bequemes und vollständiges

Taschen-Wörterbuch,

enthaltend eine Sammlung und genaue Erklärung

von mehr als 18,000 Fremdwörtern, Redensarten und Zeichen, die in der deutschen Schrift- und Umgangssprache häufig vorkommen und noch immer für nothwendig gehalten werden.

Ein unentbehrliches Handbuch für alle Theilnehmer an den politischen Fragen der Gegenwart, für jeden Zeitungsleser, und für alle Zuhörer der Reichstags-, Gerichts- und Vereins-Verhandlungen, für Militäristen, Garden, Gesellschaftsbesucher ꝛc.

Mit besonderer Berücksichtigung der Aussprache, Betonung und Abstammung eines jeden Wortes.

Von Prof. Dr. G. Prätorius.

Fünfte verbesserte und bedeutend vermehrte Auflage.

Taschen-Format. Wien 1851. Mit neuer, dem Auge gefälliger Schrift auf milchweißem Papier, zweispaltig gedruckt, in elegantem Umschlag broschirt nur 7½ Sgr.

In **Oppeln** bei **Graß, Barth u. Comp.**, in **Brieg** bei **Ziegler.**

So eben ist erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

Uranos.

Synchronistisch geordnete Ephemeride aller Himmelserscheinungen des Jahres 1851. Erstes Semester. Zunächst berechnet für den Horizont der Sternwarte zu Breslau, aber auch für jeden Ort unseres Erdtheils eine tägliche treue Darstellung der wechselnden Erscheinungen am Himmel.

Herausgegeben von der königlichen Universitäts-Sternwarte zu Breslau.

Lex. 8. broch. 1 Thaler.

Breslau. **Graß, Barth u. Comp.**, Verlagsbuchhandlung.

Soebend ist erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

Die Grundsteuer,

mit besonderer Beziehung auf das Königreich Preußen und das Gesetz vom 24. Februar 1850, die Aufhebung der Grundsteuer-Befreiungen betreffend,

von **G. von Struensee**, königl. preuß. Ober-Regierungs-Rath.

8. br. 15 Sgr.

Breslau. **Graß, Barth u. Comp.**, Verlagsbuchhandlung.

In dem Comtoir der Buchdruckerei von **Graß, Barth u. Comp.**, Herrenstraße 20 in **Breslau**, sind zu haben:

Formulare zu Branntwein-Ausfuhr-Deklarationen nach Angabe des königl. Haupt-Steuer-Amtes hierselbst, à Buch 5 Sgr.

Formulare zu Vorladungen für Schiedsmänner, à Buch 5 Sgr.

Miethsquittungsbücher, in steifem Umschlag, mit und ohne Quittungsvermerk, à Exempl. 1 Sgr.

☛ Unser großes **optisches Waaren-Lager** befindet sich in Breslau Ring Nr. 24, eine Stiege, im Stern'schen Hause, Becher-Seite, vis-à-vis dem Rathhause, woselbst wir für Augenleidende und für Diejenigen, die unseren Rath bedürfen, von Morgens 8 bis Abens 6 Uhr zu sprechen sind.

Der Aufenthalt dauert nur bis zum 28. d. Mts.

Gebr. Strauß, königl. Hof-Optiker aus Berlin.

Ballblumen, Kränze, Diademe ꝛc.,

feinste französische, empfiehlt in reichhaltigster Auswahl:

Eduard Nickel, Albrechtsstraße Nr. 7,

im Segen Jakobs, im 2ten Viertel vom Ringe, das 2te Haus von der Ecke der Schuhbrücke.

Unser, wegen seiner vortrefflichen Wirkung sehr beliebte **Kiefernadel-Seifen-Crême** ist auch mit großem Erfolge zu örtlichen und allgemeinen Bädern gebraucht worden. Wir empfehlen daher unsern

Kiefernadel-Seifen-Crême zu Bädern

und bitten die Herren Aerzte und das Publikum, von diesem eben so wohlfeilen als vorzüglichen Präparat Notiz nehmen zu wollen, Preis: die große Krause 10 Sgr., die kleine 5 Sgr. nebst Gebrauchs-Anweisung.

Piver u. Comp., Bischofsstraße, Stadt Rom.

Aecht persisches Insekten-Pulver

von Johann Zacherl aus Tiflis.

Dieses ächte Insektenpulver ist ein sicheres Spezifikum zur Vertilgung der **Flöhe, Wanzen, Motten ꝛc.** namentlich ist es das zweckmäßigste Mittel, um die mit Flöhen so sehr behafteten Hunde und andere Thiere von dieser Plage zu befreien.

Allein ächt zu haben in Flaschen mit Gebrauchsanweisung à 6 Sgr. bei

S. G. Schwartz, Ohlauerstraße Nr. 21.

Ich ersuche um Angabe seines gegenwärtigen Aufenthaltsorts den Herrn v. Neumann aus Groß-Strehlitz.

Breslau. D. M. Peiser, Ring 49.

Daß der hiesige Näherinnen-Verein von jetzt an alle Bestellungen auf Männer- und Frauen-Hemden, Vorhemden ꝛc. und alle in dieses Fach einschlagenden Arbeiten auf das Gediegenste, Dauerhafteste und Beste, ohne Nutzen, blos um die Vereins-Mitglieder zu beschäftigen, auszuführen befugt ist, erlaube ich mir, hiermit anzuzeigen, und mache zugleich aufmerksam, daß verschiedene Muster dieser Arbeiten in meiner Wohnung — Albrechts-Straße Nr. 20, zwei Treppen hoch, dem Regierungs-Gebäude gegenüber, — zum Ansehen jederzeit bereit liegen.

Breslau, den 22. Februar 1851.

Vorsteherin
Betty von Wieland.

Oeffentliche Bekanntmachung.
Nothwendige Subhastation.

Die nach der nebst Hypothekenschein in unserm 2ten Bureau einzusehenden Taxe auf 22,926 Rtl. 18 Sgr. 7 Pf. abgeschätzte, in Leuber, Neustädter Kreises, unter der Nummer 1 des Hypothekenbuches gelegene Erbscholtisei-Besitzung, dem Thomas Kaul gehörig, soll

den 27. Mai 1851,
Vormittags 10 Uhr,

an ordentlicher Gerichtsstelle hierselbst subhastirt werden.

Neustadt i. Oberschl., den 3. Oktober 1850.
Königl. Kreis-Gericht. I. Abtheilung.

Eichen-Schiffsbauholz-Verkauf.

Aus dem Forst-Revier Peisterwitz sollen Donnerstag, den 6. März, Vormittags 10 Uhr, im Forsthause hierselbst 100 Stück Eichen meistbietend verkauft werden. Die Bedingungen können in der Registratur des Unterzeichneten eingesehen werden.

Peisterwitz bei Ohlau, den 20. Febr. 1851.
Der königl. Oberförster Krieger.

Pferde-Verkauf.

Von dem königl. Füsilier-Bataillon 18. Infanterie-Regiments sollen am **1. März**, Vormittags 10 Uhr, auf dem Exerzierplatz zu Liegnitz

20 gesunde, starke Trainpferde

öffentlich gegen gleich baare Bezahlung meistbietend verkauft werden, wozu Kauflustige hiermit eingeladen werden. Halftern und Trensen behält das Bataillon zurück.

Königl. Füsilier-Bataillon 18. Inf.-Reg.

Auktions-Anzeige.

Montag den 3. März d. J. und folgende Tage soll Junkernstraße Nr. 7, zwei Stiegen hoch, ein Nachlaß, bestehend in Silbergeräth, Uhren, Möbeln, Wäsche, Kleidungsstücken, Kupferstichen, Büchern und Hausgeräth öffentlich versteigert werden. Breslau, 18. Febr. 1851.

Gutsverkauf.

Die Erben des Gutsbesitzers Erasmus v. Osinski wollen das im Fraustädter Kreise des Großherzogthums Posen gelegene adlige Rittergut Brylewo, 2½ Meilen von Lissa entfernt, Theilungshalber verkaufen. Das Gut hat mit Einschluß eines Eichenwaldes von circa 400 Morgen einen Flächenraum von 1468 Morgen 96 □-Ruthen, massive Wohn- und Wirthschaftsgebäude und ein vollständiges Inventarium.

Die gutsherrlichen und bäuerlichen Verhältnisse sind regulirt und die jährliche Rente der bäuerlichen Wirthe beträgt 229 Rtl. 18 Sgr.

Kauflustige können das Gut unter meiner Zuziehung, oder unter Zuziehung des Herrn Theodor v. Osinski zu Brylewo in Augenschein nehmen. Auch bin ich bereit, die Legitimations- und Besitzurkunden zur Einsicht vorzulegen, oder auf portofreie Briefe nähere Auskunft zu ertheilen.

Der Abschluß des Kaufvertrages und die Uebergabe des Gutes kann nach der Feststellung des Kaufpreises sofort erfolgen.

Lissa, den 16. Februar 1851.

Stiebler, Rechtsanwalt,
im Auftrage der v. Osinski'schen Erben.

Die seit sieben Jahren unter meiner Firma bestehende **Eisenwaaren-Handlung** löse ich binnen Kurzem auf und wollen Alle, welche rechtmäßige Forderungen an diese Firma zu haben glauben, ihre Ansprüche binnen vier Wochen geltend machen; hingegen ersuche ich alle Diejenigen, welche der Handlung noch schulden, ihre Zahlungen ebenfalls in derselben Zeit zu leisten.

Mein zeitheriger Verwalter dieses Geschäfts, Herr **Meyer Bruck**, hat seit dem 9. d. Mts. aufgehört, für dasselbe wirksam zu sein, und hat demnach weder Befugniß, Geld für mich zu empfangen, noch Geschäfte in meinem Namen abzuschließen.

Patschkau, den 18. Febr. 1851.

D. M. Sachs.

Der bisherige Mitinhaber der unter der Firma **Ruß, Wartensleben u. Comp.** hier bestehenden **Kohlen-Handlung**, Hr. Kaufmann **Moritz Wartensleben**, ist laut Uebereinkunft aus der Societät ausgeschieden.

Die Unterschriebenen haben die Handlung mit Aktivis und Passivis für alleinige Rechnung übernommen und werden dieselbe von heute ab unter der Firma

Ruß & Comp.

fortsetzen, und ersuchen die Schuldner, die außenstehenden Beträge an uns zu bezahlen.

Breslau, den 22. Februar 1851.

Gottlieb Ruß.
Ferdinand Pfundheuer.

Ein **Techniker**, der mehrere Jahre einer Maschinen-Fabrik vorgestanden und mehrere Zucker-Fabriken montirte, sowohl praktische als theoretische Kenntnisse besitzt, sucht eine ähnliche Stelle. Frankirte Anfragen werden erbeten von **E. Lindemann** in Heidelberg, Heugasse.

Fertige Hemden
in solider, rein leinener Waare,
Maler-Leinwand
in beliebiger Breite, sowie
gemalte Rouleaux
empfiehlt zur geneigter Abnahme
Wilhelm Regner,
Ring, goldne Krone.

Wir beabsichtigen das auf dem hiesigen Mühl-Plan gelegene, neuerbaute **Schank- u. Wohngebäude** als auch **Brau- und Malzhaus**, welches sich seit vielen Jahren der besten Nahrung erfreut, durch den Todesfall des Besitzers aus freier Hand zu verkaufen. Kauflustige wollen sich in frankirten Briefen oder persönlich an uns wenden.

Brieg, den 21. Februar 1851.

Die Brauer **Winzer**'schen Erben.

1850r besten Magdeburger weißen Zucker-Rüben-Samen

verkaufen unter Garantie bis ultimo d. M. **Beyer u. Comp.**, Albrechtsstraße 14.

Sonntag den 23. Februar 1851.

Redoute
im
Café restaurant.

Tanz-Dirigent: Hr. Balletmeister Hasenhut. Die Musik ausgeführt von der Musikgesellschaft Philharmonie.

Während des Cottillons Geschenkverloosung. Das Nähere durch die Anschlagezettel.

Ein sächsischer Forstmann,

33 Jahre alt, in seinem Fache theoretisch und praktisch gebildet, welcher seine gegenwärtige Funktion als Förster zehn Jahre zur größten Zufriedenheit seines Dienstherrn in allen Zweigen verwaltete und die rühmlichsten Zeugnisse und Empfehlungen beibringen kann, sucht, um seinen Kenntnissen einen weitern Wirkungskreis zu eröffnen, bei einer hohen Herrschaft oder sonst eine in seinem Fache größere Stelle.

Der Suchende ist, außer tüchtiger Forstmann zu sein, in der Vermessung und Einrichtung der Forstreviere, Zeichnung, Rechnungswesen, Nivelliren und Planiren der Kunstwiesen gründlich bewandert und hat praktische Erfahrungen. Auch in der Oekonomie und dem Bauwesen besitzt derselbe manche nützliche Kenntnisse.

Eine Kaution von 1000 Thaler und mehr zu stellen ist der Suchende sehr gern bereit.

Geneigte Offerten erbittet man unter der Adresse **Z. W. A. Nr. 8 poste restante Dresden.**

Herr **Wreschner**, welcher vor einiger Zeit in Stettin als Hauslehrer fungirte, wird ersucht, seinen jetzigen Aufenthaltsort anzuzeigen.

M. Silberstein in Stettin.

Den berühmten, nur im Winter versendbaren

Münsterthaler Elsässer-Käse

in circa 4 Pfd. schweren Original-Schachteln, habe ich direkt aus Frankreich erhalten.

Herrmann Straka,
Dorotheen- u. Junkernstr.-Ecke Nr. 33.

Ein Umschlagetuch

ist am Abend des 20. d. M. in einer Droschke gefunden worden und kann von dem sich legitimirenden Eigenthümer gegen Erstattung der Insertionskosten in Empfang genommen werden Ring Nr. 54, 3 Treppen hoch, (zwischen 12 und 2 Uhr Mittags).

Offene Viehpacht.

Auf dem Dominium Gr. Schottgau bei Canth kann zu Johanni d. J. ein cautionsfähiger Pächter die Rindvieh-Heerde von circa 50 Stück übernehmen.

Ein unverheiratheter **Gärtner**, der zugleich Bedienung versteht, kann sich persönlich melden und am 1. April d. J. in Dienst eintreten in Groß-Schottgau bei Canth.

Eine Köchin,

durch gute Atteste empfohlen, kann sich melden Kupferschmiedestraße Nr. 20.

Ein Laden-Mädchen

kann zu Ostern (Spezerei-Geschäft) in einer anständigen Familie ein gutes Unterkommen finden. Desgleichen können **zwei herrschaftliche Kutscher** gut placirt werden. Näheres sagt der Kommissionär **G. Meyer**, in Hirschberg.

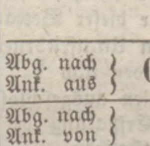
Der vom 14. d. M. von Amand Nentwig auf mich ausgestellte Prima-Wechsel per 200 Thlr. drei Monat dato zahlbar auf J. Jaschke girirt ist verloren gegangen; indem ich die Amortisation dieses Wechsels anzeige, warne vor dessen Ankauf.

C. A. Haym.

Verpachtungs-Anzeige.

Die Parzellen Nr. 2, 3, 4 und 6 Dammstraße nahe an Pöpelwitz, sollen mit den betreffenden Wohngebäuden und den dazu gehörigen Aeckern und Wiesen, für das Jahr 1851 einzeln oder im Ganzen verpachtet werden.

Das Nähere beim Kommissionsrath **Hertel**, Seminargasse Nr. 15.



Eine frisch melkende **Eselin** nebst Füllen ist für den Preis von 15 Thaler zu verkaufen auf dem Dominium **Plohmühle** bei Strehlen!

Börsen-Kränzchen-Ball
Sonntag den 23. Februar.

Bleichwaaren

aller Art übernimmt und besorgt bestens **Wilh. Regner**, Ring goldne Krone.

Bleichwaaren

aller Art übernimmt auf Rasenbleichen und besorgt billigst die Leinwandhandlung von **Carl Helbig**, Ohlauerstr. Nr. 1, in der Kornecke.

Zwei braune Wagenpferde

sind zu verkaufen neue Taschenstraße Nr. 7 bei **Treptow.**

Das Dom. Wasserjentsch bei Domslau hat **300 Sack** gute und gesunde **Kartoffeln** zu verkaufen.

Ein Mahagoni-Flügel,

wenig gebraucht, ist gegen Baarzahlung äußerst billig zu kaufen:

Ring Nr. 10 u. 11, erste Etage.

Frische Austern bei Gebr. Friederici.

Eine Stube

nebst Kabinet ist Schuhbrücke Nr. 76, zwei Treppen, vornheraus, Ostern zu vermiethen. Näheres Schuhbrücke Nr. 8, zwei Treppen.

Fried.-Wilh.-Straße Nr. 35 ist der erste halbe Stock, aus 3 Stuben bestehend, bald zu beziehen oder zum 2. April d. J.

Stadt Berlin,

Schweidnitzerstrasse No. 51, ist die erste Etage, 16 Piecen, ein grosser Boden und Remise, welche bisher zu einem Möbel-Lager benutzt, ist von Johanni ab zu vermiethen. Das Nähere in der zweiten Etage bei der Wirthin.

Vermiethungs-Anzeige.

Ohlauer Straße Nr. 58 (goldene Krone) ist die Hälfte der dritten Etage von Ostern d. J. ab, so wie mehrere kleinere Wohnungen theils sofort, theils von Ostern d. J. ab zu vermiethen und zu beziehen.

Das Nähere beim Kommissionsrath **Hertel**, Seminargasse Nr. 15.



Reis.: Wo logirt man hier gut und preismäßig?
Kutscher: In **König's Hôtel garni,**
Albrechtsstraße Nr. 33.

Fremdenliste von Zettlitz's Hôtel.

Kaufm. Seel aus Wien. Kaufm. Lotz aus Kitzingen. Gutsbes. v. Prittwitz aus Castmir. Gutsbes. Baron v. Gutschmidt aus Dresden. Major v. Wussow aus Berlin.

Markt-Preise.

Breslau am 21. Februar 1851.

	feinste	feine	mit.	ordin. Waare	
Weißer Weizen	51	49½	48	45	Sgr.
Gelber dito	50	48	46	44	„
Roggen . . .	40	38	37	36	„
Gerste . . .	30	28	27	26	„
Hafer . . .	24	23	22	21	„
Rothe Kleesaat	12	11⅓	10⅓	8—9	Rtl.
Weiße Kleesaat	—	11⅓	10	7—8	Rtl.
Spiritus . .	6⅔ Rtl. Gld.				

Die von der Handelskammer eingesetzte Markt-Kommission.

Rüböl 11 Rtl. Br.

2500 Ctnr. Zink ab Gleiwitz wurden zu 4 Rtl. 10½ Sgr. verkauft.

20. und 21. Febr.	Abd. 10 U.	Mrg. 6 U.	Nchm. 2 U.
Barometer	27"5,62"'	27"4,74"'	27"4,92"'
Thermometer	+ 3,2	+ 2,8	+ 4,3
Windrichtung	SW	W	WNW
Luftkreis	bed. Rg.	h. heiter	trübe

Fahrplan der Breslauer Eisenbahnen.

Abg. nach / Ank. aus	**Oberschles.**	Pers.-Züge	7 Uhr, 2 Uhr; nach Oppeln 5 Uhr 40 M. Abends. / 3 U. 30 M., 8 U. 20 M. Abd.; von Oppeln 9 U. 45 M. Mrg.
Abg. nach / Ank. von	**Berlin**	Pers.-Züge	8¼ U. M., 5¾ U. NM. / 10½ U. M., 7 U. Ab. — Güter-züge: 7 U. M., 11¾ U. V Mit. / 9 U. M., 6½ U. NM.
Abg. nach / Abg. von	**Freiburg**		8 Uhr Mrg., 1 U. 30 Min. Nachm. / 6 Uhr 30 Min., 4 U. Nachmittags.
Abg. von	**Schweidnitz**		nach Breslau 6 U. 20 M. Mrg., 3 U. 50 M. Nchm. / nach Freiburg 2 U. 40 M.; von Königszelt nach Schweidnitz 4 U. 20 M.

Außer der Sonn- und Feiertage geht täglich 3 Uhr 15 Min. von Breslau nach Freiburg ein Güterzug, welcher auch Personen befördert.

Börsenberichte.

Breslau, 21. Februar. **(Amtlich.)** Geld- und Fonds-Course: Holländische Rand-Dukaten 95¾ Br. Kaiserliche Dukaten — — Friedrichsd'or — — Louisd'or 108¼ Br. Polnisch Courant 93¾ Br. Oesterreichische Banknoten 78⅚ Gl. Seehandlungs-Prämien-Scheine 129½ Br. Freiwillige preuß. Anleihe 106¼ Br. Neue Staats-Anleihe 4½% 100⅔ Br. Staats-Schuld-Scheine per 1000 Rtl. 3½% 85 Br. Breslauer Stadt-Obligationen 4% 99 Br. Großherzoglich Posener Pfandbriefe 4% 101½ Br., neue 3½% 90¾ Br. Schlesische Pfandbriefe à 1000 Rthlr. 3½% 95⅔ Br., neue schlesische Pfandbriefe 4% 102 Br., Litt. B. 4% 101⅓ Br., 3½% 92 Br. Alte polnische Pfandbriefe 94¹¹⁄₁₂ Br. neue 94⅓ Br. Polnische Schatz-Obligationen 79¼ Gl. Polnische Anleihe 1835 à 500 Fl. 81¼ Gl. Eisenbahn-Aktien: Breslau-Schweidnitz-Freiburger 4% 75¾ Br., Priorität 4% — — Oberschlesische Litt. A. 114 Br., Litt. B. 108¼ Br. Krakau-Oberschlesische 73¾ Gl. Niederschlesisch-Märk. 83 Br., Priorität 5% 104 Br., Serie III. 103¾ Br. Neisse-Brieger 41¼ Br. Köln-Mindener — — Priorität 103¾ Br. Friedrich-Wilhelms-Nordbahn 37¼ Br.

Berlin, 20. Februar. Die Börse glaubte in dem Stande der Dresdener Unterhandlungen, unterstützt von mehreren völlig unbegründeten Gerüchten, eine Veranlassung zum Weichen der Course finden zu müssen, doch zeigte sich zu den gewichenen Preisen mehrseitige reele Kauflust und schloß es entschieden besser.

Eisenbahn-Aktien. Köln-Minden 3½% 97 bez. und Gl., Priorität 5% 103⅜ Br. Krakau-Oberschlesische 4% 73½ bez. und Br., Priorität 4% 86½ Br. Friedrich-Wilhelms-Nordbahn 4% 36½ à 37 bez. und Br., Priorität 5% 95¾ Br. Niederschlesisch-Märkische 3½% 82¼ bez. und Br., Priorität 4% 94½ Br., Priorität 5% 103¾ Br., Serie III. 5% 103 Br. Niederschlesisch-Märkische Zweigbahn 4% 26½ Br. fr. Zinsen. Oberschlesische Litt. A. 3½% 114¼ bez., Litt. B. 3½% 108¼ Br. — Geld- und Fonds-Course. Freiwillige Staats-Anleihe 5% 105¾ bez. und Br. Staats-Anleihe von 1850 4½% 100⅜ bez. Staats-Schuld-Scheine 3½% 84½ bez. und Br. Seehandlungs-Prämien-Scheine 128 bez. Posener Pfandriefe 4% — — 3½% 90¾ Br. Preußische Bank-Antheile 95½ Br. Polnische Pfandbriefe alte 4% 94½ Br., neue 4% 94¼ Br. Polnische Partial-Obligationen à 500 Fl. 4% 81½ Gld., à 300 Fl. 144 Br.

Wien, 20. Februar. Die Börse war in Fonds und Aktien flauer und gingen auf erfolgte Realisirungen Bankaktien bis 1265, Nordbahnaktien bis 129¾ zurück um jedoch wieder besser zu schließen. Loose von 1839 wichen um 1%, die übrigen Fonds wenig verändert. Comptanten und Wechsel sind wieder um ¼ bis ½% zurückgegangen, in letzteren waren nur die Umsätze auf London erheblich.

5% Metalliques 97, 4½% 85; Nordbahn 130½; Hamburg 2 Monat 190; London 3 Monat 12. 38; Silber 128¾.

Druck und Verlag von Graß, Barth u. Comp.

Redakteur: Nimbs.